

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Gesetz zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz

Gesetzentwurf

Gesetz zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz

A. Problem

Die Kommission zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz (Lausitz-Kommission) unter Vorsitz von Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf Emmermann hat im Februar 2012 ihre Ergebnisse vorgelegt. Sie haben Eingang gefunden in den Bericht der Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg unter Vorsitz von Prof. Dr. Friedrich Buttler, der im Juni 2012 vorgelegt worden ist. Die Lausitz-Kommission als unabhängige Expertenkommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, war von der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur eingesetzt worden, um eine Konzeption für die Zukunft der Hochschullandschaft Lausitz zu erstellen.

Die Kommission geht davon aus, dass:

- die Startbedingungen für zwei technische Hochschulen in der Lausitz, räumlich nah und zugleich randständig gelegen, zwischen zwei bedeutsamen wissenschaftlichen Zentren angesiedelt (Technischen Universität Berlin und Technischen Universität Dresden), ungünstig gewesen sind,
- sich die wirtschaftliche Entwicklung der Region anders als zum Zeitpunkt der Errichtung der beiden Hochschulen angenommen entwickelt hat und
- die Region überdies vor großen Herausforderungen in der Zukunft steht, die unter anderem durch den demographischen Wandel bedingt sind.

So zeigt die Studie der HIS GmbH zur „Beteiligung an Hochschulbildung in Brandenburg“, dass die Hochschulen in der Lausitz nur bei einer weiteren Steigerung der Studierneigung und der Attraktivität des Studienangebots eine weitgehend vollständige Auslastung erreichen können. Die Kommission hebt hervor, dass deswegen die Anziehungskräfte der Hochschulen gestärkt werden müssen, um eine vermehrte regionale Nachfrage und überregionale Zuwanderung zu erreichen.

Die Kommission stellt fest, dass sich in der Lausitz zwei Hochschulen mit einem ähnlichen Fächerspektrum und deutlichen Überlappungen in verschiedenen Bereichen, aber auch mit einer Reihe von Alleinstellungsmerkmalen herausgebildet haben. An der Hochschule Lausitz (FH) erreicht die Biotechnologie universitäres Niveau, sie geht über den anwendungsbezogenen Anspruch von Fachhochschulen weit hinaus. An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus wird besonders die gute Lehre in einigen Bereichen hervorgehoben, die mehrfach Spitzenpositionen in nationalen Rankings erlangte. Beim Leistungsmerkmal Forschung gelangt die Kommission hingegen zu dem Ergebnis, dass es eine breite Spreizung hinsichtlich der Forschungsleistungen an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus gibt. Die sehr guten Ergebnisse in der Forschung werden von einigen wenigen Leistungsträgerinnen und -trägern erbracht. Während die Hochschule Lausitz (FH) mit ihren Angeboten gut in der regionalen Wirtschaft verankert ist, besteht bei der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus Verbesserungspotenzial.

Im Ergebnis ihrer Arbeit schlägt die Kommission eine weitreichende Umstrukturierung der Hochschulen vor, um Redundanzen abzubauen, Synergieeffekte zu nutzen und attraktive Studiengänge zu schaffen. Der Vorschlag umfasst fünf gemeinsame Einrichtungen an den Hochschulen, darunter zwei gemeinsame Fakultäten sowie hochschulübergreifend ein Lausitz Doktorandenkolleg, ein Lausitz-Zentrum für Studierendengewinnung und Studienvorbereitung und ein Lausitz-Zentrum für Weiterbildung (Lausitz Professional School). Der Strukturvorschlag setzt eine weitreichende Kooperation der beiden Hochschulen voraus. Jedoch bezweifelt die Kommission die Eignung der gegenwärtigen Strukturen an den Hochschulen, um die notwendige Neuaufstellung zu gewährleisten. So seien selbst die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Entwicklung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus aus dem Jahre 2002 zur stärkeren Ausschöpfung bestehender Kooperationspotenziale über die Hochschulgrenzen hinweg nicht aufgegriffen worden. Vielmehr bestünde der Eindruck, dass sich die Hochschulen „um Abgrenzung statt um Kooperation bemühen.“

Vor diesem Hintergrund und auf den Empfehlungen der Lausitz-Kommission aufsetzend, schlägt die Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg in Einklang mit der Lausitz-Kommission zur Implementierung neuer Hochschulstrukturen in der Lausitz eine Holdingstruktur unter dem Dach einer Errichtungsorganisation vor. Dabei wird angeregt, innerhalb der Struktur die genannten drei Fakultätsgruppen festzulegen, welche die je drei gesonderten und die beiden gemeinsamen Fakultäten umfassen. Dabei sollen auch die drei gemeinsamen Einrichtungen berücksichtigt werden.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur hat im April 2012 vor Ort ein umfassendes Beteiligungsverfahren eingeleitet, in dem die Entwicklung der Hochschullandschaft in der Lausitz diskutiert werden konnte.

Als Ergebnisse dieser sog. Lausitz-Dialoge I. – IV., an welchen jeweils bis zu 300 Personen teilnahmen sowie der etwa 100 Gespräche und Diskussionen, die für das MWFK durch den Beauftragten für die Entwicklung der Hochschulregion Lausitz über einen Zeitraum von Mai bis Mitte Juni 2012 geführt wurden, sind bei der Errichtung einer neuen Technischen Universität folgende wichtige Anliegen der Beteiligten zu berücksichtigen:

- hinsichtlich der Interessen aller Beteiligten, dass
 - die Profilierung einer neuen Technischen Universität möglich wird;
 - keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen;
 - das Forschungsniveau von BTU Cottbus und Hochschule Lausitz (FH) erhalten bleibt bzw. verbessert wird;
 - die wichtige Wertschöpfungsentwicklung (Präsenz von 10.000 Studierenden als Basis für das Lehr-, Forschungs- und Transferangebot der Hochschulen) möglich und im politischen Prozess sensibel berücksichtigt wird;
 - die Standorte gesichert sind;
 - bekannte und bewährte Marken erhalten werden können;

- die Abwanderung hochangesehener Wissenschaftler durch gezielte Maßnahmen verhindert bzw. die Voraussetzungen für Neuberufungen geschaffen werden;
- hinsichtlich der Interessen der Studierenden und der Bewerberinnen und Bewerber, dass
 - der Studienerfolg der jetzt eingeschriebenen Studierenden über eine Garantie für den Fortbestand ihrer Studiengänge auf den Abschlussniveaus Bachelor und Master gesichert wird;
 - eine Situation in der Gründungsperiode, während deren eine studentische Präsenz und Mitwirkung nicht im erforderlichen Umfang und nicht bezogen auf alle relevanten Regelungsmaterien der Gremien erfolgt, vermieden wird;
 - Möglichkeiten der Vorbereitung auf ein Universitätsstudium geschaffen werden;
 - Möglichkeiten der nationalen und internationalen Sichtbarkeit geschaffen werden;
 - Regelungen für den Zugang ohne allgemeine Hochschulzugangsberechtigung getroffen werden;
 - die Qualität der Hochschulausbildung erhalten bleibt und das erreichte Niveau der Bachelor- und Masterabschlüsse nicht sinkt;
- hinsichtlich der Interessen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, dass
 - geeignete Möglichkeiten zur Verbindung von FH- und TU-Strukturen in Forschungs- bzw. Themenschwerpunkten geschaffen werden;
 - klare Regelungen zur Höhe des Lehrdeputats getroffen werden;
 - die Chancen auf eine Anschlussbeschäftigung erhalten bleiben;
 - die Arbeitsbedingungen der Lehrenden an der Hochschule Lausitz (FH) nach einer Neugründung nicht geschwächt und eingeschränkt werden und sie nicht in ihrer wissenschaftlichen Dignität beeinträchtigt werden;
 - die Studiengangprofile, die an Universitäten und Fachhochschulen unterschiedlich sind, weiter bestehen bleiben;
- hinsichtlich der Interessen der Wirtschaft, dass
 - die Hochschulen auch zukünftig als verlässliche Kooperationspartner zur Verfügung stehen und dabei die unterschiedlichen Anforderungen der Unternehmen berücksichtigt werden;
 - die Binnendifferenzierung bzgl. der Angebotsstrukturen erhalten bleibt, denn

- die Wirtschaft benötigt je nach dem Grad ihrer Ausrichtung eine Differenzierung der Angebote der beiden Hochschulen;
- Großunternehmen stellen nachdrücklich auf den Erhalt der „theoretisch-grundlagenorientierten wissenschaftlichen Ausbildung“ in der Lausitz ab;
- die Studierenden vor Ort – namentlich die der Hochschule Lausitz (FH) in Senftenberg – sind vor allem für KMU wichtig, da die kurzen Wege zum Kooperationspartner entscheidend sind, im Tagesgeschäft Lösungen zu suchen. Die „Schritte ins Unternehmen“ – die durch Projektarbeiten, Beratung, Studienarbeiten, Ausstellungen möglich werden – müssen künftig gegeben sein;
- hinsichtlich der Interessen der Region (Kommunen), dass
 - die Kaufkraft nicht verloren geht;
 - Studierende nicht abwandern und
 - die wirtschaftliche Entwicklung nicht gefährdet wird.

B. Lösung

Auf der Grundlage des Befundes der Kommissionen, vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sowie in Rechnung stellend, dass die bereits 2002 vom Wissenschaftsrat geforderte stärkere Kooperation zwischen den Hochschulen bis auf wenige Ausnahmen nicht eingetreten ist, erscheint auch unter Berücksichtigung des Lausitz-Dialoges die notwendige Zukunftssicherung in den bisherigen Strukturen beider Hochschulen nicht hinreichend gewährleistet. Deshalb sollen beide Hochschulen in einer neu zu errichtenden Technischen Universität aufgehen. Die neue Universität vereint die Stärken von Brandenburgischer Technischer Universität Cottbus und Hochschule Lausitz (FH) unter einer Leitung in einer spezifischen Typik. Die Ausbildung eines zukunftsfähigen Profils mit den Schwerpunktbereichen „Energie“, „Umwelt“ und „Mensch“ kann dabei die Attraktivität des Hochschulstandorts Lausitz trotz seiner Randlage steigern, um Bewerbende aus der Region, dem Bundesgebiet und dem Ausland anzuziehen.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Die Errichtung von Landeshochschulen ist nach dem Brandenburgischen Hochschulgesetz nur durch Gesetz möglich. Gleiches gilt für die Zusammenlegung und Schließung von Hochschulen.

II. Zweckmäßigkeit

Die Lösung ist nur über Errichtung der Technischen Universität unter Beteiligung der in ihr aufgehenden Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) erreichbar. Die vorgeschlagenen Regelungen tragen dazu bei, dass die Vorschläge der Kommission zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz sowie der Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg umgesetzt, Redundanzen im Studienangebot abgebaut werden können und ein attraktives Studienangebot in einer gemeinsamen Hochschule entwickelt wird.

III. Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Eine neue technische Universität in der Lausitz zieht durch ein zukunftsfähiges Profil und innovative Studiengänge Studierende aus dem In- und Ausland in diese Hochschulregion. Mit der Schaffung bedarfsgerechter Studienangebote und einer noch stärkeren Verankerung der Universität in der regionalen Wirtschaft wird dem Fachkräftemangel entgegen gewirkt.

D. Zuständigkeiten

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur ist federführend zuständig.

Gesetzentwurf für ein

Gesetz zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz

Vom [Datum der Ausfertigung]

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz

§ 1

Errichtung

(1) Mit Wirkung zum 1. Juli 2013 ist die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg mit den Standorten Cottbus und Senftenberg errichtet.

(2) Die Fakultäten, Einrichtungen und Studiengänge der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) sind mit ihrer Errichtung solche der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Die sich auf sie beziehenden Studien- und Prüfungsordnungen und sonstigen Satzungen gelten bis zum Erlass neuer Satzungen sinngemäß als Satzungen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg weiter.

(3) Die Verwaltungen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) bilden die Hochschulverwaltung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

(4) Für die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg gelten die Vorschriften des Brandenburgischen Hochschulgesetzes, soweit dieses Gesetz nichts Abweichendes bestimmt.

§ 2

Organisatorische Grundeinheiten

(1) Bei der Einrichtung der organisatorischen Grundeinheiten für Lehre und Forschung soll die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg die in der Anlage beigefügten Empfehlungen der Kommission zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz vom Januar 2012 in der Fassung des Abschlussberichts der Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg berücksichtigen. Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg soll demgemäß organisatorische Grundeinheiten für ein stärker anwendungsbezogenes und für ein stärker theoriegeleitetes Angebot in Forschung und Lehre einrichten sowie solche, die miteinander verschränkte Elemente aufweisen. Abweichungen sind im Rahmen der staatlichen Zielsetzungen der Hochschulentwicklung möglich.

(2) Abweichend von Absatz 1 kann sich die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg in die drei in § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 4 genannten Schools als organisatorische Grundeinheiten für Lehre und Forschung gliedern. In diesem Fall gilt:

1. Die Schools nehmen nach Maßgabe der Grundordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg die Aufgaben, Rechte und Pflichten von Fachbereichen nach dem Brandenburgischen Hochschulgesetz sowie die Aufgaben nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 4 wahr. Sie untergliedern sich fachbezogen. § 69 Absatz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes findet auf die Schools keine Anwendung.
2. Die Schools werden jeweils von einer Dekanin oder einem Dekan geleitet. Die Grundordnung kann vorsehen, dass die Dekanin oder der Dekan eine andere Bezeichnung führt. Die Schools müssen über mindestens ein von den Mitgliedern und Angehörigen gewähltes Kollegialorgan verfügen, das über die Dekanin oder den Dekan Aufsicht führt und dazu ein umfassendes Informationsrecht hat.
3. Die Mitglieder der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg nehmen ihre Rechte in der Undergraduate School und mindestens in einer weiteren School wahr. Studierende in Bachelorstudiengängen nehmen ihre Rechte ausschließlich in der Undergraduate School wahr, Promotionsstudierende ausschließlich in der Graduate Research School. Das Nähere zur Ausübung der Mitgliedschaftsrechte regelt die Grundordnung. Sie soll vorsehen, dass die Ausübung der Mitgliedschaftsrechte in der Graduate Research School für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer eine Mindestqualifikation voraussetzt.
4. Promotionsordnungen und Habilitationsordnungen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg werden von der Graduate Research School im Benehmen mit der Undergraduate School und der Professional School erlassen.
5. Die Entscheidung nach § 44 Absatz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes trifft die Präsidentin oder der Präsident, in der Gründungsphase die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident, im Einvernehmen mit der Graduate Research School und im Benehmen mit den anderen Schools. Sie oder er bestellt die Gutachterinnen und Gutachter nach § 44 Absatz 2 Satz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes auf Vorschlag der Graduate Research School.
6. In Berufungskommissionen muss mindestens ein Mitglied der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer auch der Graduate Research School angehören.

§ 3

Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen

(1) Zur Unterstützung der Aufgabenerfüllung im Bereich von Lehre, Forschung, Studium und Weiterbildung und zur Verfolgung der Ziele des Bologna-Prozesses werden folgende zentrale wissenschaftliche Einrichtungen gebildet:

1. ein „College“ als Zentrum für Studierendengewinnung und Studienvorbereitung,
2. eine „Undergraduate School“,

3. eine „Professional School“ als Zentrum für Weiterbildung und
4. eine „Graduate Research School“.

Sie wirken an der Profilbildung der Hochschule mit und bieten fakultätsübergreifende Vernetzungs-, Service- und Qualifizierungsangebote an. Ihre Aufgaben können im Rahmen der staatlichen Zielsetzungen der Hochschulentwicklung regelmäßig aktualisiert werden. Die Einrichtungen werden von einem Beirat, bestehend aus für die Zielsetzung des College und der Schools relevanten externen Expertinnen und Experten beratend unterstützt. Die Organisation und Benutzung der genannten Einrichtungen wird durch Satzung geregelt. Die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nehmen Lehre in mindestens zwei Schools wahr.

(2) Das College fördert die Studierfähigkeit von Bewerberinnen und Bewerbern an der Schnittstelle zwischen Schule und Hochschule sowie die Studierneigung insbesondere in technischen Studiengängen. Es fördert die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und tertiärer Bildung und unterstützt Studierende in der Studieneingangsphase.

(3) Die Undergraduate School fördert die Internationalität und Interdisziplinarität des Studiums, die Anerkennung von Leistungen, die Mobilität der Studierenden und die Vermittlung notwendiger Schlüsselkompetenzen im Bachelorbereich.

(4) Die Professional School fördert die hochschulische Weiterbildung, die Berufsqualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit der Studierenden, den Praxisbezug des Studiums und die Verankerung der Hochschule in der Region. Die Professional School fördert die Vermittlung und Anerkennung berufsbezogener Kompetenzen und das Lebenslange Lernen.

(5) Die Graduate Research School fördert das interdisziplinäre und international ausgerichtete Arbeiten und Forschen, die Promotionsphase, die Verbindung mit dem internationalen und insbesondere Europäischen Forschungsraum und die Vermittlung forschungsbezogener Schlüsselkompetenzen.

(6) Die Qualifizierungsangebote der unter Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 4 genannten Einrichtungen sind als integrale Bestandteile des Studiums in die Studien- und Prüfungsordnungen aufzunehmen. Die Präsidentin oder der Präsident, in der Gründungsphase die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident, weisen diesen Einrichtungen angemessene Mittel und Personal zur Bewirtschaftung zu. Die Angebote und die Zusammenarbeit zwischen den Schools und den organisatorischen Grundeinheiten werden miteinander abgestimmt

§ 4

Hochschulzugang

Abweichend von § 8 Absatz 2 Satz 2 letzter Halbsatz des Brandenburgischen Hochschulgesetzes berechtigt die Fachhochschulreife auch zu einem grundständigen Studium an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg

1. in Studiengängen, für die die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg dies durch Satzung entsprechend dem Profil der Studiengänge festlegt und
2. in Studiengängen der Hochschule Lausitz (FH), die nach § 1 Absatz 2 fortgeführt werden.

§ 5

Hochschulpersonal, Studierende, korporationsrechtliche Stellung

(1) Die im Landesdienst stehenden Beamtinnen und Beamten, Beschäftigten und Auszubildenden, die am 30. Juni 2013 an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) tätig waren, sind Beamtinnen, Beamte, Beschäftigte oder Auszubildende im Landesdienst an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, es sei denn, das Dienst-, Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnis endete mit diesem Tag.

(2) Das nebenberufliche wissenschaftliche und künstlerische Personal, das am 30. Juni 2013 an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) tätig war, ist nebenberufliches Personal an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, es sei denn, das Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis endete mit diesem Tag. Absatz 1 bleibt unberührt.

(3) Die an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und an der Hochschule Lausitz (FH) eingeschriebenen Studierenden einschließlich Juniorstudierenden und Promotionsstudierenden, Zweithörerinnen und Zweithörer sowie Gasthörerinnen und Gasthörer sind an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg eingeschrieben.

(4) Die bisherige mitgliedschaftsrechtliche und dienstrechtliche Stellung der Hochschulmitglieder und -angehörigen und Funktionsträgerinnen und Funktionsträger bleibt unberührt, soweit in diesem Gesetz nichts Abweichendes bestimmt wird.

§ 6

Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal

(1) Das nach § 5 übergeleitete Lehrpersonal führt seine bisherigen Dienstaufgaben in unverändertem Umfang fort.

(2) Nach § 5 Absatz 1 übergeleiteten Professorinnen oder Professoren der Hochschule Lausitz (FH), bei denen zusätzliche wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen im Sinne des § 39 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a des Brandenburgischen Hochschulgesetzes vorliegen, kann durch die Gründungspräsidentin oder den Gründungspräsidenten dauerhaft die Funktion einer Professorin oder eines Professors für andere als anwendungsbezogene Studiengänge im Sinne des § 39 Absatz 3 Satz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes übertragen werden, wenn nach dem Struktur- und Entwicklungsplan der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg ein entsprechender Bedarf besteht. Art und

Umfang der Dienstaufgaben sind in diesem Fall solche einer Professorin oder eines Professors für andere als anwendungsbezogene Studiengänge im Sinne des § 39 Absatz 3 Satz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes. Ob die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen, stellt die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident unter Einbeziehung von mindestens zwei Gutachten von auf dem Fachgebiet anerkannten, auswärtigen Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern oder Künstlerinnen oder Künstlern, die über die Einstellungsvoraussetzungen des § 39 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a des Brandenburgischen Hochschulgesetzes verfügen, auf Vorschlag des nach der Grundordnung zuständigen Organs fest, welches die Gutachterinnen und Gutachter bestellt. Dabei müssen in dem Organ die Professorinnen und Professoren, die die Einstellungsvoraussetzungen nach § 39 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a des Brandenburgischen Hochschulgesetzes erfüllen, und die Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, die sich nach § 44 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes bewährt haben, über die Mehrheit der Stimmen verfügen. Das Nähere zu weiteren dienstpostenbezogenen Voraussetzungen sowie zum Verfahren regelt die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg durch Satzung, die der Zustimmung der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde bedarf.

(3) An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg werden je nach Anforderung der Stelle auch Professorinnen und Professoren für anwendungsbezogene Studiengänge im Sinne des § 39 Absatz 3 Satz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes eingestellt, die die Einstellungsvoraussetzungen nach § 39 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a und b oder Buchstabe b des Brandenburgischen Hochschulgesetzes erfüllen.

(4) An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg können Professuren mit Schwerpunkt in der Lehre für Professorinnen und Professoren für andere als anwendungsbezogene Studiengänge im Sinne des § 39 Absatz 3 Satz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes sowie Professuren mit Schwerpunkt in der Forschung für Professorinnen und Professoren für anwendungsbezogene Studiengänge im Sinne des § 39 Absatz 3 Satz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes eingerichtet werden. Die Anteile dieser Professuren an der Gesamtzahl der Stellen für Professorinnen und Professoren der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg dürfen jeweils 20 Prozent nicht übersteigen. Professuren mit Schwerpunkt in der Lehre können auch vorübergehend eingerichtet werden. Im Übrigen gilt § 45 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes.

§ 7

Haushaltsrechtliche Zuweisung der Stellen und Mittel

Die für Hochschulen zuständige oberste Landesbehörde weist die der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) zugewiesenen Planstellen, Stellen und Mittel der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg nach den einschlägigen haushaltsrechtlichen Bestimmungen zu.

Leitung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg

(1) Die Amtszeit der Präsidenten sowie ihrer Vertreterinnen oder Vertreter und weiterer Mitglieder der zentralen Leitung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) ist mit Ablauf des 30. Juni 2013 beendet.

(2) Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg wird für die Dauer von sechs Jahren von einer Gründungspräsidentin oder einem Gründungspräsidenten geleitet. Bis zu ihrer oder seiner Bestellung wird die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg von einer oder einem oder mehreren durch das für Hochschulen zuständige Mitglied der Landesregierung zu bestellenden Beauftragten geleitet.

(3) Die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident wird vertreten durch eine hauptberufliche Vizepräsidentin oder einen hauptberuflichen Vizepräsidenten. Die Bestellung erfolgt nach Anhörung des Gründungssenats durch die Gründungspräsidentin oder den Gründungspräsidenten. Amtszeit und Dienstverhältnis bestimmen sich nach § 64 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes.

Gründungspräsidentin, Gründungspräsident

(1) Die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident wird nach öffentlicher Ausschreibung der Stelle auf Vorschlag einer Findungskommission durch das für die Hochschulen zuständige Mitglied der Landesregierung im Einvernehmen mit dem erweiterten Gründungssenat bestellt.

(2) Die Findungskommission setzt sich aus je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Mitgliedergruppen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH), die von dem für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten zuständigen Organ dieser Hochschulen gewählt werden, sowie einer Vertreterin oder einem Vertreter der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde zusammen. Die zentralen Gleichstellungsbeauftragten der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) wirken mit beratender Stimme mit. Die Vertreterin oder der Vertreter der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde führt den Vorsitz in der Findungskommission.

(3) Der Vorschlag der Findungskommission kann bis zu drei Personen umfassen. Er bedarf der Mehrheit ihrer Mitglieder und der Zustimmung der Vertreterinnen und Vertreter aus der Mitgliedergruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie der oder des Vorsitzenden.

(4) Die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident muss die Einstellungsvoraussetzungen für Präsidentinnen oder Präsidenten nach dem Brandenburgischen Hochschulgesetz erfüllen. Sie oder er soll nicht Mitglied oder Angehöriger oder Angehöriger der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus oder der Hochschule Lausitz (FH) gewesen sein.

(5) § 63 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes findet, soweit sich aus diesem Gesetz nichts Abweichendes ergibt, auf die Gründungspräsidentin oder den Gründungspräsidenten mit der Maßgabe Anwendung, dass es zu ihrer oder seiner Abwahl einer Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder des nach der Grundordnung zuständigen Organs bedarf.

§ 10

Kanzlerin, Kanzler

Die Kanzlerin oder der Kanzler der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus ist Kanzlerin oder Kanzler der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Ihre oder seine Amtszeit endet mit dem Zeitpunkt, mit dem ihre oder seine Amtszeit an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus geendet hätte.

§ 11

Gründungssenat, erweiterter Gründungssenat

(1) Mit der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg sind die Senate oder die an ihre Stelle getretenen zentralen Organe der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) aufgelöst. Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg wählt unverzüglich, spätestens bis zum 31. Oktober 2013, einen Gründungssenat und einen erweiterten Gründungssenat. Eine Doppelmitgliedschaft ist zulässig.

(2) Stimmberechtigte Mitglieder des Gründungssenats sind insgesamt 14 Vertreterinnen oder Vertreter der Mitgliedergruppen gemäß § 59 Absatz 1 Satz 3 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes, von denen acht der Mitgliedergruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und je zwei den weiteren Mitgliedergruppen angehören. Die Vertreterinnen oder Vertreter der Mitgliedergruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer werden dabei je zur Hälfte von den Mitgliedern dieser Mitgliedergruppe aus der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) getrennt gewählt. Wahlberechtigte in der Mitgliedergruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die am 30. Juni 2013 noch nicht Mitglied der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus oder der Hochschule Lausitz (FH) waren, können selbst bestimmen, innerhalb welcher Teilgruppe der getrennt wählenden Mitglieder der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sie die Stimme abgeben.

(3) Stimmberechtigte Mitglieder des erweiterten Gründungssenats sind insgesamt 31 Vertreterinnen oder Vertreter der Mitgliedergruppen gemäß § 59 Absatz 1 Satz 3 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes, von denen 16 der Mitgliedergruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und je fünf den weiteren Mitgliedergruppen angehören. Hinsichtlich der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gilt Absatz 2 Satz 2 und 3. Von den fünf Vertreterinnen und Vertretern der weiteren Mitgliedergruppen waren mindestens je zwei Vertreterinnen und Vertreter am 30. Juni 2013 Mitglieder der Hochschule Lausitz (FH).

(4) Das Nähere zur Wahl und zur Stellvertretung der gewählten Vertreterinnen oder Vertreter der Mitgliedergruppen regelt eine Wahlordnung, die die Leitung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg erlässt.

(5) Der Gründungssenat und der erweiterte Gründungssenat wählen jeweils aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden.

(6) Die Vorsitzenden der Personalräte und die zentralen Gleichstellungsbeauftragten gehören dem Gründungssenat und dem erweiterten Gründungssenat mit beratender Stimme an.

(7) Die Amtszeiten des Gründungssenats und des erweiterten Gründungssenats enden mit der Wahl und Konstituierung der zentralen Organe der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg nach Maßgabe der neuen Grundordnung gemäß § 14 Absatz 2.

§ 12

Aufgaben des Gründungssenats

(1) Der Gründungssenat beaufsichtigt die Gründungspräsidentin oder den Gründungspräsidenten in Bezug auf die Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben. Zur Durchführung seiner Aufsicht hat er ein umfassendes Informationsrecht gegenüber der Gründungspräsidentin oder dem Gründungspräsidenten und bis zu deren oder dessen Bestellung gegenüber der oder dem oder den gemäß § 8 Absatz 2 Satz 2 Beauftragten.

(2) Der Gründungssenat ist insbesondere zuständig für

1. die Entscheidung in grundsätzlichen Fragen der Lehre, der Forschung, des Studiums und der Prüfungen sowie der Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses,
2. die Entscheidung über den Struktur- und Entwicklungsplan gemäß § 3 Absatz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes,
3. den Vorschlag an den erweiterten Gründungssenat für eine neue Grundordnung und
4. die Entscheidung über die Vorschläge der organisatorischen Grundeinheiten für die Berufung von Professorinnen und Professoren; § 38 Absatz 5 Satz 3 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes bleibt unberührt.

(3) Das Nähere bestimmt die Vorläufige Grundordnung.

§ 13

Neuordnung

Bis zum 1. Juli 2014 ordnet die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg ihre organisatorischen Grundeinheiten, die Fächerstruktur, die zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und Studiengänge sowie die Hochschulver-

waltung nach Maßgabe dieses Gesetzes und den staatlichen Zielsetzungen der Hochschulentwicklung neu.

§ 14

Vorläufige Grundordnung, Grundordnung

(1) Die für die Hochschulen zuständige oberste Landesbehörde erlässt für die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg unverzüglich eine Vorläufige Grundordnung.

(2) Der erweiterte Gründungssenat beschließt auf Vorschlag des Gründungssenats bis zum 31. Dezember 2014 eine neue Grundordnung, auf deren Grundlage die Organe der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg mit Ausnahme ihrer Leitung, die Gremien und Kommissionen sowie die Funktionsträgerinnen und Funktionsträger unverzüglich zu wählen oder zu bestellen sind.

(3) Die Grundordnungen treffen Regelungen, wie die Mehrheit der Professorinnen und Professoren in den Fällen des § 59 Absatz 1 Satz 6 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes in den Organen und Gremien der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg sichergestellt wird.

§ 15

Gleichstellungsbeauftragte

Die zentralen und dezentralen Gleichstellungsbeauftragten der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) und deren Stellvertreterinnen nehmen ihre Aufgaben bis zur Neuwahl nach der neuen Grundordnung gemeinsam wahr.

§ 16

Weitere Gremien, Kommissionen und Funktionen; Rechtswirksamkeit von Entscheidungen bei fehlerhafter Wahl

(1) Die übrigen Gremien, Kommissionen und Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) sind Gremien, Kommissionen und Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg und bleiben bis zu ihrer jeweiligen Neuwahl infolge der Neuordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg gemäß § 13 oder der neuen Grundordnung gemäß § 14 Absatz 2 im Amt, es sei denn, die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident trifft nach Anhörung des Gründungssenats aus Gründen, die in der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg liegen, eine abweichende Regelung.

(2) Ist eine Wiederholungs- oder Neuwahl eines Organs oder Gremiums der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg oder einzelner Mitglieder eines Organs oder Gremiums der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg aufgrund einer rechtskräftigen Entscheidung er-

forderlich, so führt dieses Organ oder Gremium in der bisherigen Zusammensetzung die Geschäfte bis zum Zusammentreten des aufgrund der Wiederholungs- oder Neuwahl neugebildeten Organs oder Gremiums weiter. Die Rechtswirksamkeit der Tätigkeit dieser Mitglieder bleibt vom Erfordernis der Wiederholungs- oder Neuwahl unberührt. Satz 2 gilt bei einer fehlerhaften Besetzung von Organen oder Gremien entsprechend.

§ 17

Studierendenschaft

(1) Die am 30. Juni 2013 bestehenden Studierendenschaften der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) bilden die Studierendenschaft der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

(2) Bis zum 31. Oktober 2013 werden die Organe der Studierendenschaft neu gewählt.

(3) Bis zu ihrer Neuwahl bestehen die Organe der Studierendenschaft aus den Mitgliedern der entsprechenden Organe der Studierendenschaften der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH).

(4) Das neugewählte oberste beschlussfassende Organ der Studierendenschaft beschließt unverzüglich eine Satzung der Studierendenschaft. Bis zu deren Inkrafttreten setzt das oberste beschlussfassende Organ der Studierendenschaft in seiner ersten Sitzung die Satzung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus oder der Hochschule Lausitz (FH) als Übergangssatzung in Kraft und trifft Übergangsregelungen, soweit solche erforderlich sind.

(5) Das am 30. Juni 2013 vorhandene Vermögen der Studierendenschaften der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) bildet mit Wirkung vom 1. Juli 2013 das Vermögen der Studierendenschaft der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

§ 18

Personalräte

§ 32 des Landespersonalvertretungsgesetzes zur Neuwahl bei Umorganisation von Dienststellen und Körperschaften findet Anwendung.

§ 19

Ersatzvornahme

Soweit Entscheidungen oder Maßnahmen der zuständigen Organe, Gremien, Kommissionen oder Funktionsträgerinnen und Funktionsträger nach diesem Gesetz nicht oder nicht fristgemäß getroffen werden, kann die für die Hochschulen zuständige oberste Landesbehörde anstelle der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg nach deren Anhörung entscheiden oder anstelle

der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg das Erforderliche veranlassen.

§ 20

Rechtsnachfolge

(1) Mit Ablauf des 30. Juni 2013 gehen die Brandenburgische Technische Universität Cottbus und die Hochschule Lausitz (FH) mit den Standorten Cottbus und Senftenberg in der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg auf.

(2) Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg ist ab dem Zeitpunkt ihrer Errichtung Rechtsnachfolgerin der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH).

(3) Der Sitz der Verwaltung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg im Sinne von § 17 der Zivilprozessordnung ist in Cottbus.

Artikel 2

Änderung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes

§ 2 Absatz 1 Satz 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes vom 18. Dezember 2008 ([GVBl. I S. 318](#)), das zuletzt durch das Gesetz vom 26. Oktober 2010 ([GVBl. I Nr. 35](#)) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 werden die Wörter „Technische Universität Cottbus“ durch die Wörter „Technische Universität Cottbus-Senftenberg“ ersetzt.
2. In Nummer 3 wird das Wort „Lausitz,“ gestrichen.

Artikel 3

Änderung des Brandenburgischen Besoldungsgesetzes

Anlage 1 des Brandenburgischen Besoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 2005 (GVBl. I S. 38), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Mai 2012 (GVBl. I Nr. 22 S. 3) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Im Abschnitt „Besoldungsgruppe A 15“ werden die Wörter „Kanzler der Fachhochschule Lausitz“ gestrichen.
2. Der Abschnitt „Besoldungsgruppe B 2“ wird wie folgt geändert:
 - a) Die Wörter „Kanzler der Technischen Universität Cottbus“ werden durch die Wörter „Kanzler der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg 1)“ ersetzt.

Der Fußnote 1 wird folgende Fußnote 1 vorangestellt:

„1) Der erste Dienstposteninhaber darf in der ersten Amtsperiode Besoldung nach der Besoldungsgruppe B 3 erhalten.“

- b) Die bisherigen Fußnotenhinweise und Fußnoten 1 und 2 werden die Fußnotenhinweise und Fußnoten 2 und 3.

Artikel 4

Änderung der Lehrverpflichtungsverordnung

Die Lehrverpflichtungsverordnung vom 6. September 2002 (GVBl. II S. 568), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2008 (GVBl. I S. 318, 352) geändert worden ist, wird wie folgt geändert.

1. Nach § 3 wird folgender § 3a eingefügt:

„§ 3a

Lehrverpflichtung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg

(1) Für Professoren an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg gelten die Regellehrverpflichtungen gemäß § 5 Absatz 1, wenn sie

1. bis zum 30. Juni 2013 als Professor an der Hochschule Lausitz (FH) berufen waren und die Dienstaufgaben nicht nach § 6 Absatz 2 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz angeglichen worden sind,
2. als Professor nach § 6 Absatz 4 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz eingestellt sind oder
3. als Professor mit Schwerpunkt in der Forschung gemäß § 45 Absatz 3 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes tätig sind.

(2) An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg kann die Regellehrverpflichtung im Einzelfall oder für bestimmte Gruppen von Lehrpersonen durch den Gründungspräsidenten oder den Präsidenten im Benehmen mit dem Dekan abweichend von den §§ 3 und 5 festgelegt werden. Der Gründungspräsident oder der Präsident erlässt dazu im Benehmen mit dem in der Grundordnung bestimmten Organ der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg eine Richtlinie, die die Grundsätze für die Festlegung der Lehrverpflichtung bestimmt. Die Richtlinie bedarf der Genehmigung der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde.

(3) Bei der Festlegung der Regellehrverpflichtung nach Absatz 2 sind die Leistungen von Lehrpersonen in der Lehre, in der theorie- und anwendungsbezogenen Forschung und im Wissens- und Technologietransfer zu berücksichtigen.

sichtigen, die sie an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg erbringen sowie der besondere Einsatz in den in § 3 Absatz 1 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz genannten zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen.

(4) Die Festlegungen nach Absatz 2 können zeitlich befristet getroffen werden. Die Regellehrverpflichtung nach § 3 Absatz 1 darf nicht unterschritten werden. § 7 Absatz 1 gilt entsprechend. § 6 bleibt unberührt.“

2. In § 7 Absatz 2 werden nach den Wörtern „bei den Universitäten maximal 2,5 vom Hundert,“ die Wörter „bei der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg maximal 6 vom Hundert,“ eingefügt.

Artikel 5

Änderung der Studentenwerksverordnung

In § 1 Nummer 2 der Studentenwerksverordnung vom 15. Juni 2010 (GVBl. II Nr. 31), die durch die Verordnung vom 27. März 2012 (GVBl. II Nr. 21) geändert worden ist, werden die Wörter „die Brandenburgische Technische Universität Cottbus und “ und die Wörter „die Hochschule Lausitz (FH)“ durch die Wörter „die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg“ ersetzt.

Artikel 6

Inkrafttreten

- (1) Artikel 1 § 9 tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Im Übrigen tritt dieses Gesetz am 1. Juli 2013 in Kraft.

Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz

Auszug aus dem Abschlussbericht der Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg (S. 355 bis 371)

Empfehlungen zur Struktur und zum Profil der Hochschulregion Lausitz

Im Ergebnis der Begutachtung beider Hochschulen und der Analyse ihrer Stärken und Schwächen kommt die Kommission zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz zu dem Schluss, dass nur eine radikale Neustrukturierung und grundlegende Neuausrichtung in Lehre und Forschung den Bedarfen des Landes, der Region und der Hochschulen selbst gerecht wird.

Sie hat einen Strukturvorschlag erarbeitet, der zu einer Steigerung der Attraktivität beider Hochschulen in Lehre und Forschung führen kann, ein Studienangebot empfiehlt, das sowohl den Bedürfnissen der Unternehmen zur Fachkräftesicherung gerecht wird, gleichzeitig aber auch die Studiennachfrage berücksichtigt, eine dauerhafte Steigerung der FuE-Leistungen der Hochschulen fördert, die Kooperationsfähigkeit und –willigkeit zu den klein- und mittelständischen Unternehmen genauso verstärkt wie die zu den Großunternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Zur Breite und Tiefe der notwendigen Kooperationen zwischen den Hochschulen

Die Kommission und mit ihr die unterstützenden Fachgutachtergruppen kommen im Ergebnis der Begutachtung zu dem Schluss, dass die Kooperationspotentiale beider Hochschulen bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Häufig scheint die Betonung von Unterschieden wichtiger als die Suche nach Gemeinsamkeiten zur Nutzung von Synergien. Mit dem von der Mercator-Stiftung geförderten David-Gilly-Institut gibt es zwar erwähnenswerte Ansätze, die Abgrenzung zwischen den Hochschulen zu überwinden, diese gehen aber nach Auffassung der Kommission nicht weit genug.

Die Kommission empfiehlt eine stark intensivierte Zusammenarbeit bis hin zu gemeinsamen Fakultäten. Darüber hinaus sollten die Hochschulen in allen zentralen Querschnittsbereichen zusammenarbeiten. Besonders zu erwähnen sind die Bereiche der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der wissenschaftlichen Weiterbildung sowie der Bereich der Studierendengewinnung und –vorbereitung. Im Bereich der Hochschulverwaltung sollte ebenfalls eine deutlich intensivierte Zusammenarbeit angestrebt werden. Hier ist zu prüfen, welche Bereiche künftig zusammengelegt werden können.

Die Expertenkommission schlägt der Ministerin vor, auf Basis des in Abbildung 1 dargestellten Schemas eine Struktur zu entwickeln, die es ermöglicht, Kooperationspotentiale voll auszunutzen, ohne die für das Land und die Region wichtigen charakteristischen Schwerpunkte und Besonderheiten beider Hochschultypen aufzugeben:

Beide Hochschulen haben trotz eines in Teilen überlappenden Fächerspektrums je

eigene spezifische Aufgabenstellungen. Von der Hochschule Lausitz (FH) werden als Fachhochschule Beiträge im Wissens- und Technologietransfer insbesondere für die regionale, zum überwiegenden Teil klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaft erwartet. Dies dokumentiert sich auch in vielen Klein- und Kleinstprojekten, die gemeinsam mit Unternehmen der Region durchgeführt werden. Dieser Aufgabe kommt die Hochschule gegenwärtig nach Auffassung der Kommission und auch nach Auffassung der Wirtschaftsvertreter der Region, mit denen die Kommission gesprochen hat, in hervorragender Weise nach. Der Hochschule Lausitz (FH) wird eine gute Einbindung in die Region bescheinigt. Das zeigt sich auch in der Weise, in der die Fachhochschule die Nachfrage an Fachkräften vornehmlich für das mittlere Management in der Region bedient.

Von der BTU Cottbus werden dagegen insbesondere Antworten auf überregionale und internationale Fragestellungen erwartet. Dafür muss die Forschungsstärke deutlich erhöht werden, was aus Sicht der Kommission nur mit einer starken Fokussierung aller Fakultäten, einschließlich der gemeinsamen Fakultäten, auf die Themen Energie und Umwelt gelingen kann. Dies erscheint überdies notwendig, um sich besser als bisher als kooperationsfähiger Partner der Großunternehmen in der Region zu positionieren. Gleiches gilt für die Kooperationsfähigkeit der BTU Cottbus mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die für die Zukunft der Hochschule von großer Bedeutung sind. Die aktuellen Kooperationsbeziehungen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind stark ausbaufähig.

Beide Hochschulen bedienen Zielgruppen, die sich nur in Teilen überschneiden: So verfügen über 40 Prozent der Studienanfänger der Hochschule Lausitz (FH) nicht über eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung. Neben den lösbaren rechtlichen Problemen des Hochschulzugangs sind damit spezifische individuelle Studienvoraussetzungen verbunden, die in Teilen eine andere Betreuung und Unterstützung erfordern. Dieses Problem wird sich perspektivisch verschärfen, wenn die sinnvollen Bemühungen um eine stärkere horizontale und vertikale Durchlässigkeit des Bildungssystems greifen und vermehrt Studierende ohne traditionelle Hochschulzugangsberechtigung an die Hochschulen gelangen. Aus Sicht der Kommission können fachhochschulische Angebote sehr viel stärker auf die spezifischen Bedürfnisse dieser Klientel eingehen. Gerade für Jugendliche aus bildungsfernen Herkunftsgruppen scheint das Vorhandensein regionaler Angebote von hoher Bedeutung. Fachhochschulische Angebote sind notwendig, um Aufstiegschancen zu eröffnen, hohe Bildungsbeteiligung zu gewährleisten und Abwanderung aus der Region zu verhindern.

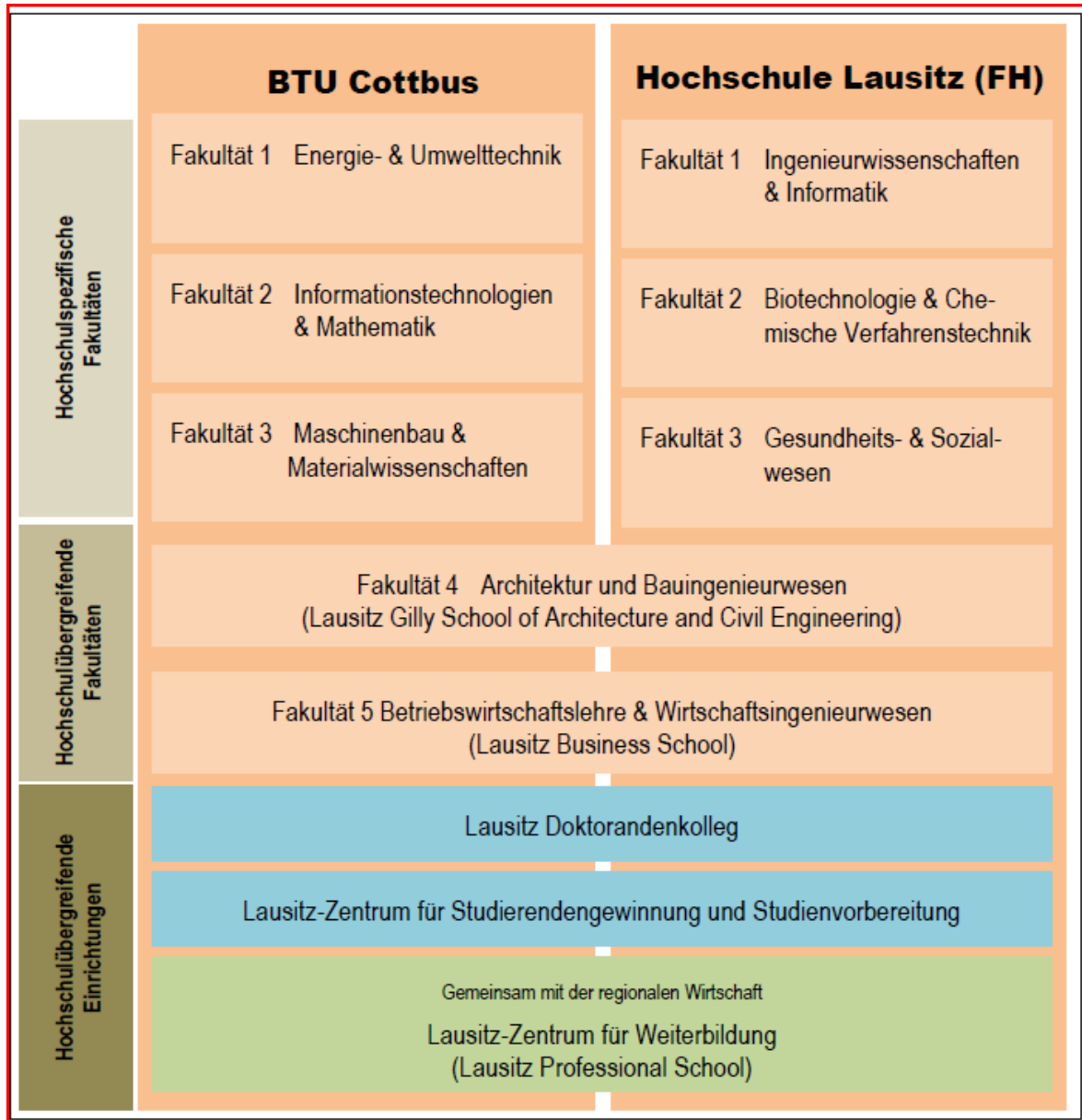
Das von der Kommission vorgeschlagene Schema bedeutet dabei keine Zementierung von undurchlässigen „Bildungssäulen“. Vielmehr soll die künftige Hochschulstruktur Kooperationen in Lehre und Forschung fördern und damit die Durchlässigkeit deutlich erhöhen. Dem dienen nicht nur die gemeinsamen Fakultäten, sondern auch die zu schaffenden strukturübergreifenden Zentren.

Zur Grundstruktur

Die Kommission schlägt vor, die Kooperation beider Hochschulen deutlich auszubauen, gleichzeitig aber beide Hochschulen zu erhalten. Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über die Gesamtstruktur gegeben.

Beide Hochschulen sollten aus je drei eigenständigen Fakultäten bestehen. Zusätzlich sollten zwei gemeinsame Hochschultyp-übergreifende Fakultäten geschaffen werden (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Strukturvorschlag für die Hochschulregion Lausitz



Neben den gemeinsamen Fakultäten soll es mit dem „Lausitz Doktorandenkolleg“, dem „Lausitz-Zentrum für Studierendengewinnung und Studienvorbereitung“ und dem „Lausitz-Zentrum für Weiterbildung“ weitere Hochschultyp-übergreifende Einrichtungen geben, die allen Fakultäten beider Hochschulen offen stehen.

Die BTU Cottbus muss stärker überregional und international sichtbar werden. Dies wird ihr nur gelingen, wenn sie in der Lage ist, ein unverwechselbares Profil aufzubauen, das herausragende Wissenschaftler und Studierende aus ganz Deutschland und verstärkt aus dem Ausland anzieht. Die Kommission ist der Auffassung, dass sich die Hochschule zu einer ingenieurwissenschaftlich geprägten Themenuniversität entwickeln sollte, bei der „Energie und Umwelt“ in Verbindung mit den Bereichen Material, Bauen und Informationstechnologien die Thematik bestimmen. Dieses klare Profil erfordert, dass sich alle Fakultäten der Universität mit ihren Forschungsarbeiten und Lehrangeboten diesen Themen unterordnen.

Die Weiterentwicklung zu einer „Universität für Energie und Umwelt“ scheint aus vielerlei Gründen erfolgversprechend:

Potentiale sind vorhanden: Schon jetzt besitzt die BTU Cottbus sehr gut aufgestellte Lehrstühle, die sich mit Einzelaspekten des Themas befassen. Zu nennen sind etwa die Lehrstühle des Instituts für Energietechnik: „Kraftwerkstechnik“, „Energieverteilung und Hochspannungstechnik“ sowie „Regelungssysteme und Leittechnik“. Im Bereich der Umwelt sind vor allem die Lehrstühle für „Bodenschutz und Rekultivierung“, für „Gewässerschutz“ und für „Hydrologie und Wasserressourcenbewirtschaftung“ zu nennen. Durch nicht besetzte Professuren und frei werdende Stellen gibt es zudem Spielräume für die Entwicklung neuer energieorientierter Schwerpunkte, z.B. im Bereich „Erneuerbare Energien / Speichersysteme“. Auch andere Fakultäten können wesentlich zum Profil beitragen. Anknüpfungspunkte ergeben sich an vielen Stellen: So könnte zum Beispiel das bestehende Schwerpunktthema „Optimierung“ der Mathematik zu interdisziplinären Forschungsk Kooperationen auch im Bereich Energie, insbesondere durch die vorgesehene Zusammenarbeit mit der Informationstechnik, führen. Im Bereich des Bauens ergeben sich ebenfalls vielfältige Anknüpfungspunkte durch das Thema Energieeffizienz, und zwar auch innerhalb bestehender und positiv bewerteter Schwerpunkte, wie z. B. „Innovatives Planen und Bauen im Bestand“ durch klimagerechtes und energieeffizientes Bauen.

Aufbau kritischer Massen: Mit einer Konzentration auf das Wesentliche und einer klaren Profilierung wird es der Hochschule leichter gelingen, kritische Massen aufzubauen, um im Bereich der Forschung wettbewerbs- und kooperationsfähiger zu werden. Internationaler Forschungs- und Fachkräftebedarf im Energiebereich: Der steigende Forschungs- und Fachkräftebedarf findet seinen Niederschlag in einer Reihe von Dokumenten: So zum Beispiel im 7. und kommenden 8. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union oder in der durch die Bundesregierung ausgerufenen „Energiewende“. Zudem steigt der Bedarf an hoch- und höchstqualifizierten Fachkräften. Schon jetzt bearbeitet die BTU Cottbus einige der von der Bundesregierung definierten Kernthemen wie die Effizienzsteigerung konventioneller Kraftwerke oder die Netzsicherheit. Aus der zunehmenden Bedeutung der Energie- und Umweltfragen ergeben sich vielfältige Chancen zur Einwerbung von Drittmitteln, die ihrerseits für die Steigerung der Forschungsstärke genutzt werden können.

Energieland Brandenburg stärken: Brandenburg sieht sich selbst als Energieland. Es gehört zu den Bundesländern mit dem größten Anteil an Erneuerbaren Energien. Daneben spielen weiter konventionelle Kohlekraftwerke eine große wirtschaftliche Rolle. Sie sind gegenwärtig noch unverzichtbar. Brandenburg hat als Energieexporteur ein besonderes Interesse an allen Fragen der Energieforschung. Das gilt für Brandenburg insgesamt, herausgehoben aber für die „Energieresion Lausitz“, die als Zusammenschluss von den vier südlichen Kreisen Brandenburgs und von Cottbus getragen wird. Die BTU Cottbus sollte zu einem unverzichtbaren Ansprechpartner Brandenburgs in allen Energiefragen werden.

Kooperationsfähigkeit mit der strukturprägenden Wirtschaft stärken: Gespräche mit den relevanten Unternehmen haben gezeigt, dass es vielfältige Steigerungsmöglichkeiten bei den Kooperationsvorhaben gibt. Allerdings verfüge die BTU Cottbus gegenwärtig in vielen Fällen noch nicht über das notwendige „Know How“ für den Ausbau der Forschungsk Kooperationen.

Kooperationsfähigkeit mit anderen (außeruniversitären) Forschungseinrichtungen stärken: Mit einer qualitativ hochwertigen Forschung im Bereich Energie und Umwelt entwickelt sich die Universität stärker als bisher zu einem möglichen Kooperationspartner anderer auch außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Bran-

denburg und darüber hinaus. Zudem können perspektivisch Anreize für die Ansiedlung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen entstehen.

Für die BTU Cottbus wird eine Struktur mit drei eigenständigen Fakultäten vorgeschlagen:

Fakultät 1: Fakultät für Energie- und Umwelttechnik

Das Institut für Energietechnik sollte den Kern des Themenschwerpunkts „Energie“ der künftigen Fakultät bilden. Kern des Themenkomplexes „Umwelt“ sollten die Lehrstühle „Bodenschutz und Rekultivierung“, „Gewässerschutz“ und „Hydrologie und Wasserressourcenbewirtschaftung“ sein. Das Bindeglied sollte aus der Umwelt- und Verfahrenstechnik entwickelt werden, wobei ein neuer Schwerpunkt im Bereich der Erneuerbaren Energien aufgebaut werden sollte.

Fakultät 2: Fakultät für Informationstechnologien und Mathematik

In dieser Fakultät sollten die Mathematik, die Informatik sowie die Informations- und Medientechnik der bisherigen Fakultät 1 mit der Elektronik und der Informationstechnik der bisherigen Fakultät 3 zusammengefasst werden. Die Mathematik sollte durch den Bereich Technomathematik, Modellierung und Simulation gestärkt werden.

Fakultät 3: Fakultät für Maschinenbau und Materialwissenschaften

Diese Fakultät sollte aus den Instituten für Verkehrstechnik sowie Werkstoff- und Produktionsforschung bestehen und durch die materialwissenschaftlich ausgerichteten Lehrstühle der Physik verstärkt werden.

Die Hochschule Lausitz (FH) soll ebenfalls drei eigenständige Fakultäten umfassen. Wo immer es sinnvoll ist, sollte die Hochschule Lausitz (FH) mit der BTU Cottbus kooperieren und Bezüge zu den Themen Energie und Umwelt suchen. Eine ausschließliche Ausrichtung auf diese Thematik erscheint jedoch nicht sachangemessen. Deshalb sollte die Hochschule in den drei Fakultäten auch ihre bereits gut etablierten fachlichen Schwerpunkte weiter stärken bzw. herausbilden:

Fakultät 1: Fakultät für Ingenieurwissenschaften und Informatik

Fakultät 2: Fakultät für Biotechnologie und Chemische Verfahrenstechnik

Basis ist die aktuelle Fakultät für Naturwissenschaften. Die bisherige Bezeichnung kann anhand der disziplinären Ausrichtung der vorhandenen Professuren nicht überzeugen. Mit der neu vorgeschlagenen Bezeichnung soll die herausragende Stellung der Biotechnologie an der Hochschule Lausitz (FH) betont werden.

Fakultät 3: Fakultät für Gesundheits- und Sozialwesen

Basis für die neu zu schaffende Fakultät sind das Sozialwesen und das Fachgebiet Musikpädagogik. Unterstützt wird zudem die Idee, weitere fachliche Schwerpunkte im Bereich Medizinpädagogik/Pflegepädagogik, Gesundheitsmanagement/Pflegemanagement sowie Gesundheits- und Pflegewissenschaft aufzubauen.

Alle eigenständigen Fakultäten der Hochschule Lausitz (FH) sollten am Standort Senftenberg angesiedelt werden.

Neben den jeweils drei eigenständigen Fakultäten wird empfohlen, zwei Hochschultyp-übergreifende Fakultäten in den Bereichen zu schaffen, in denen es bereits gegenwärtig große inhaltliche Schnittmengen gibt. Diese beiden Fakultäten sollten am Standort der BTU in Cottbus konzentriert werden.

Fakultät 4: Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen (Lausitz Gilly School

of Architecture and Civil Engineering)

In dieser Fakultät sollten die Bereiche Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung erhalten und gestärkt werden. Die Stärke und Alleinstellung der bisherigen Fakultät 2 der BTU Cottbus mit ihrem „Cottbuser Modell“, das auf einer engen Verzahnung der drei beteiligten Fachgebiete beruht, sollte weiter ausgebaut werden. Die bisherige Zusammenarbeit im David-Gilly-Institut umfasst bislang nur das Bauingenieurwesen und ist damit nicht weitgehend genug. Die Konzentration auf das Bauingenieurwesen gefährdet geradezu die Cottbuser Alleinstellungsmerkmale.

Fakultät 5: Fakultät für Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsingenieurwesen (Lausitz Business School)

Im Bereich des Wirtschaftsingenieurwesens haben beide Hochschulen je eigene Stärken entwickelt, die es auch in einer gemeinsamen Fakultät zu erhalten gilt. Anders sieht es im Bereich der Betriebswirtschaftslehre aus, die nach „herrschender Meinung“ eine angewandte Wissenschaft ist, die sich anspruchsvoller Methoden nicht nur bedienen kann, sondern muss, um wohl begründete Handlungsempfehlungen formulieren zu können. Hier erscheint die bisherige Abgrenzung zwischen beiden Hochschulen künstlich und unnötig.

Die Kommission spricht sich für die Schaffung von drei weiteren gemeinsamen Einrichtungen aus:

Lausitz Doktorandenkolleg

Mit dem Lausitz Doktorandenkolleg sollte eine hochschulübergreifende „Graduate School“ geschaffen werden, die spezielle Angebote zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterbreitet. Sie steht mit ihren Angeboten dem gesamten wissenschaftlichen Nachwuchs beider Hochschulen offen.

Lausitz-Zentrum für Studierendengewinnung und Studienvorbereitung

In diesem Zentrum sollten die Arbeiten beider Hochschulen in den Bereichen Studierendengewinnung, Steigerung der Studierneigung, Studienvorbereitung und Diversity-Management gebündelt werden.

Lausitz-Zentrum für Weiterbildung

Im Bereich der Weiterbildung sollten die Hochschulen Weiterbildung in allen Bereichen zu einem starken eigenständigen Profilvermerkmal entwickeln, das viele Facetten im Bereich des lebenslangen Lernens berücksichtigt. Hierbei sollte eine fest institutionalisierte Wirtschafts-Wissenschafts-Kooperation mit finanzieller Beteiligung der Wirtschaft angestrebt werden.

Die Kommission spricht sich dafür aus, die gemeinsamen Fakultäten am Standort der BTU in Cottbus zu konzentrieren. Die drei eigenständigen Fakultäten der Hochschule Lausitz (FH) sollten in Senftenberg angesiedelt werden. Im Zuge dieser Neuordnung sollte geprüft werden, den Standort Cottbus der Hochschule Lausitz (FH) aufzugeben.

Zur Umsetzung der neuen Hochschulstruktur

Aus Sicht der Kommission sind die gegenwärtigen Strukturen nicht geeignet, die notwendige Neuaufstellung der beiden Lausitzer Hochschulen zu gewährleisten. Die Kommission setzt sich daher dafür ein, den Prozess der Neukonzeption der Hochschulen und der neu zu etablierenden Fakultäten auf Basis der hier vorge-

stellten Vorschläge auf allen Stufen intensiv durch ein fest institutionalisiertes Peer Review-Verfahren zu begleiten.

Die vom Ministerpräsidenten des Landes eingesetzte Hochschulstrukturkommission wird hierzu allgemeine Vorschläge unterbreiten.

Wichtigste Aussagen und Empfehlungen zur Studiennachfrage und zum Studienangebot

Beide Hochschulen hatten und haben mit zum Teil erheblichen Auslastungsproblemen zu kämpfen. Dabei spielen fraglos auch die eingangs genannten strukturellen Probleme seit Gründung der Hochschulen eine Rolle. Hierzu gehören die geographische Randlage und Berlinferne sowie die in Teilen ähnlichen Studienangebote beider Hochschulen. Diese Entwicklung wird durch die Bolognareform mit ihren einheitlichen Studienabschlüssen noch einmal stärker akzentuiert.

Mit ihrer technisch-naturwissenschaftlich orientierten Ausrichtung bewegen sich beide Hochschulen überdies in einem Feld, in dem es bundesweit eine eher schwache Nachfrage gibt.

Die Hochschulen sind zudem in besonderem Maße von der demographischen Entwicklung bedroht, die Brandenburg genauso betrifft wie die übrigen neuen Länder. Zwar gibt es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Studiennachfrage und der demographischen Entwicklung, doch ist das Risiko eines „Durchschlagens“ der demographischen Entwicklung auf die Studiennachfrage umso größer, je stärker regionalisiert das Einzugsgebiet der Hochschulen ist. Die Hochschule Lausitz (FH) ist die Hochschule Brandenburgs mit dem größten Anteil Studierender aus Brandenburg und den übrigen neuen Ländern. Auch die BTU Cottbus fiel lange Zeit durch einen überproportional hohen Anteil an Studierenden aus den neuen Ländern auf. Es ist ihr erst in den letzten Jahren gelungen, vermehrt Studierende, vor allem aus Berlin, anzuwerben.

Eine vom HIS-Institut für Hochschulforschung für das Wissenschaftsministerium erarbeitete Studierendenvorausberechnung kommt zu der für Brandenburg insgesamt positiven Einschätzung, dass es dem Land gelingen kann, sich weitgehend von der demographischen Entwicklung zu entkoppeln. Das bedeutet, dass es trotz des massiven Rückgangs an Schulabsolventen mit einer Hochschulzugangsberechtigung nur zu leichten Rückgängen bei den Studienanfängern kommen wird. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Empfehlungen lagen die regionalisierten Vorausberechnungen noch nicht vor.

Die Kommission geht vor dem Hintergrund der genannten Bedingungen in der Lausitz davon aus, dass es nicht gelingen wird, die Studierendennachfrage bei den Hochschulen dauerhaft zu steigern. Eine Straffung des deutlich zu stark diversifizierten Ausbildungsangebots beziehungsweise ein teilweiser Rückbau von Studienplatzkapazitäten innerhalb bestehender Studiengänge erscheint daher ange raten. Zudem gibt es bei einer Reihe von infrage stehenden Studienangeboten fachliche Erwägungen jenseits rein kapazitärer Überlegungen, die Änderungen in den Studienangeboten nahe legen. Fachlich-inhaltliche oder auch qualitative Überlegungen können aber dazu führen, dass in Einzelfällen die Fortführung von Studienangeboten auch bei anhaltender Unterauslastung empfohlen wird. Die gilt z.B. für die Biotechnologie, der von den Gutachtern ein exzellentes Niveau bescheinigt wurde. Ihre Absolventen sind stark nachgefragt. Zudem werden von der Biotechnologie wirtschaftliche Effekte in der Region erwartet, welche die „Kosten der Unterauslastung“ bei weitem übersteigen.

Darüber hinaus legt die Kommission wert auf die Feststellung, dass der Abbau von Studiengängen oder die Verringerung von Studienplatzkapazitäten nicht automatisch größere finanzielle Ressourcen freisetzt. Teile der frei werdenden Mittel sollten für neu aufzubauende hoch innovative Studiengänge an den Lausitzer Hochschulen eingesetzt werden.

In Stichworten werden folgende kapazitätsrelevante Veränderungen bei den Studiengängen empfohlen:

Mathematik/Informatik/Natur- und Ingenieurwissenschaften/Umweltwissenschaften

Die mathematischen Studiengänge an der BTU Cottbus sollten zugunsten der Verbesserung der Qualität der Serviceleistungen der Mathematik aufgegeben werden.

Die Grundlagenausbildung in der Mathematik beider Hochschulen sollte zusammengelegt werden, wobei die spezifischen Studienvoraussetzungen der Studierenden der Hochschule Lausitz (FH) zu beachten sind.

Die physikalischen Studiengänge der BTU Cottbus sollten auslaufen.

Die Kerninformatik sollte trotz (auch bundesweit) schwacher Nachfrage bei gleichzeitig stärkerer Konzentration auf die Informations- und Medientechnik sowie auf das E-Business erhalten werden.

Insgesamt erscheint den Gutachtern im Bereich von Mathematik, Physik, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie in den „klassischen“ Ingenieurfächern eine Reduktion bei den Studiengängen und den Studienplatzkapazitäten um 20 Prozent zugunsten von leistungsstarken, innovativen Fächern möglich.

Die existierenden Schwerpunkte der BTU Cottbus in den Fachgebieten Maschinenbau und Elektrotechnik sollten bei gleichzeitigem Abbau von Randstudiengängen erhalten werden.

Schaffung gemeinsam von den Kernfakultäten der BTU Cottbus getragener Studiengänge zum Thema „Energieeffizienz“, ggf. gemeinsam mit der hochschulübergreifenden Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen und relevanten Bereichen der Hochschule Lausitz (FH).

Im Bereich Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik sollte die Zahl der angebotenen Studiengänge auf je drei bis vier Studiengänge im BA- und MA-Bereich reduziert werden („Environmental and Resource Management“, „Landnutzung und Wasserressourcenbewirtschaftung“, „Umweltingenieurwesen, Verfahrenstechnik“)

Die hohe Bedeutung des Energiethemas für die BTU Cottbus sollte sich auch in der Einrichtung eines Studiengangs „Energietechnik/Energiesysteme“ spiegeln.

An der Hochschule Lausitz (FH) sollte der BA-Studiengang „Chemie“ aufgrund fraglicher Berufschancen und zu geringer Nachfrage zugunsten eines Studiengangs „Chemische Verfahrenstechnik“ aufgegeben werden. Der neue Studiengang sollte eng mit der Biotechnologie verbunden werden und an das bisherige Chemieingenieurwesen anknüpfen.

Architektur, Stadt- und Regionalplanung, Bauingenieurwesen

Im Bereich der Architektur und des Bauingenieurwesens sollte die Zahl der Masterstudiengänge reduziert werden. „Architekturvermittlung“ und „Bauen und Erhalten“ sollten nur als Vertiefungsrichtungen angeboten werden. Im Bereich des Bau-

ingenieurwesens sollten die technischen Grundlagen gestärkt werden. Für die Architektur wird ein zurückgehender Bedarf an universitär ausgebildeten Architekten gesehen; die Kapazitätsplanung sollte sich daran ausrichten. Die Situation im Bauingenieurwesen ist angesichts der geringen Auslastung langfristig nicht tragfähig. Kräfte sollten gebündelt werden. Inhaltlich ist eine Verstärkung notwendig.

Die Studiengänge „Klimagerechtes Bauen“ und „Architektur“ der Hochschule Lausitz (FH) erscheinen ohne zusätzliche personelle und infrastrukturelle Ausstattung langfristig nicht tragfähig. Diese Situation kann sich in einer gemeinsamen Fakultät beider Hochschulen durch die Nutzung von Synergien deutlich verbessern.

Im Ergebnis der Einzelbetrachtungen beider Hochschulen wird für den Baubereich eine Konzentration der Stärken der BTU Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) unter Beibehaltung der drei Disziplinen Architektur, Stadtplanung und Bauingenieurwesen empfohlen. Die Verzahnung der Fachgebiete sollte trotz möglicher Kapazitätsreduktionen erhalten bleiben, wobei ein enger Bezug zum Kernprofil der BTU Cottbus „Energie und Umwelt“ herzustellen ist.

Wirtschaftswissenschaften

Der Studiengang E-Business könnte zu einer Vertiefungsrichtung innerhalb der Informatik oder der Betriebswirtschaftslehre werden, die Notwendigkeit eines eigenen Studiengangs ist nicht ersichtlich.

Die Zusammenarbeit in den Studiengängen Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsingenieurwesen ist nur gering ausgeprägt. Tendenzen zur der nicht nachvollziehbaren gegenseitigen Abgrenzung sind offensichtlich. Im Bereich Wirtschaftsingenieurwesen haben die Hochschulen gut bewertete eigenständige Angebote erarbeitet, die unter dem Dach einer gemeinsamen Fakultät weiterentwickelt werden sollten. Im Gegensatz dazu erscheint die bisherige Abgrenzung im Bereich der Betriebswirtschaftslehre nicht sinnvoll. Hier sollten die Angebote beider Hochschulen zusammengeführt werden.

Soziale Arbeit/Gesundheitswesen

Der Aufbau von neuen Angeboten an der Hochschule Lausitz (FH) im Bereich des Gesundheitswesens mit den fachlichen Schwerpunkten Medizinpädagogik/Pflegepädagogik, Gesundheitsmanagement/Pflegemanagement sowie Gesundheits-/Pflegewissenschaften wird begrüßt. Die hierzu bestehenden Überlegungen der Landesregierung entsprechen dem künftigen Versorgungsbedarf. Kritisch gesehen werden Überlegungen der Hochschule zur Einrichtung eines Studiengangs „Bewegung und Gesundheit“. Es sollte bei der Einführung eines grundständigen Studiengangs „Physiotherapie“ in Ergänzung zum bisherigen Modell bleiben.

Wichtigste Empfehlungen zu den Fakultäten in der neu zu schaffenden Struktur

BTU Cottbus Fakultät 1: „Energie- und Umwelttechnik“

Die Fakultät 1 spielt innerhalb der neuen Struktur eine zentrale Rolle bei der angestrebten Profilierung. Sie soll Teile der bisherigen Fakultäten 3 und 4 vereinen. Der Kern der Fakultät für den künftigen BTU-Schwerpunkt „Energie“ in Forschung und Lehre sollte vom Institut für Energietechnik gebildet werden. Der Schwerpunkt „Umwelt“ sollte um die Lehrstühle Bodenschutz und Rekultivierung, Geopedologie und Landschaftsentwicklung, Hydrologie und Wasserressourcenbewirtschaftung

sowie Gewässerschutz entwickelt werden. Diese sollten eng mit relevanten Arbeitsrichtungen einer neu aufzustellenden Umwelttechnik verbunden werden. Die prozessorientierte physikalische, chemische und mikrobiologische Ausrichtung sollte erhalten sowie deren ingenieurwissenschaftliche Umsetzung verstärkt werden.

Insgesamt sollte der Bereich „Umwelttechnik“ der künftigen Fakultät durch Neubefürungen so mit der „Energietechnik“ zusammengeführt werden, dass das „Energiesystem“ insgesamt behandelt werden kann und ein zusätzlicher Schwerpunkt „Erneuerbare Energien/Speichertechnologien“ entsteht. Dabei ist die sogenannte „Tiefe Geothermie“ einzubeziehen und eine Geoengineering-Komponente (Erschließung und Nutzung des Untergrundes) aufzubauen.

Die Teile der Institute für Umweltmanagement, Umwelttechnik und Verfahrenstechnik, die sich in der Vergangenheit nicht gut etablieren konnten, sollten für notwendige Umstrukturierungen genutzt werden.

Im Bereich der Lehre sollte die Fakultät einen Studiengang „Energietechnik/Energiesysteme“ aufbauen. Dies erhöht die Sichtbarkeit des Profils und trägt dazu bei, Studierende in diesem wichtigen FuE-Gebiet auszubilden und damit auch den eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs zu generieren.

Der Neuaufbau der Fakultät, für den ein detailliertes Konzept noch zu erarbeiten ist, sollte mit einem Peer Review-Verfahren begleitet werden.

BTU Cottbus Fakultät 2: „Informationstechnologien und Mathematik“

Die Fakultät 2 „Informationstechnologien und Mathematik“ sollte die Lehrstühle des Lehr- und Forschungsbereichs Mathematik sowie das Institut für Informatik der bisherigen Fakultät 1 umfassen und durch die Lehrstühle des Instituts für Elektronik und Informationstechnik der bisherigen Fakultät 3 abgerundet werden. Die Zusammenfassung dieser Fachgebiete in einer Fakultät führt zu kritischen Massen, die auch die gemeinsame Planung und Durchführung von Verbundforschungsprojekten ermöglichen. Diese Neukonfiguration erlaubt, die von der Kommission für gut befundene Vision der Cottbuser Informatiker umzusetzen und ein Zentrum für Informatik, Medien- und Kommunikationstechnik zu entwickeln. Hier von erhofft sich die Kommission auch Impulse für die dringend notwendige Stärkung der Elektronik und Informationstechnik.

Die Mathematik sollte sich mit ihrer Forschung stärker in Projekte der ingenieurwissenschaftlichen Fachgebiete einbringen. Um dem gerecht zu werden, ist eine Erweiterung der mathematischen Fachrichtungen um einen Bereich Technomathematik, Modellierung und Simulation erforderlich. Das Schwerpunktthema „Optimierung“ ist aus Sicht der Kommission gut gewählt und könnte Basis für eine vertiefte Forschungskooperation in den Bereichen Energie, Material- und Produktionstechnik werden.

Für den Erfolg der BTU Cottbus insgesamt ist es notwendig, dass sich die Fakultät 2 den Schwerpunktthemen Energie und Umwelt widmet. Aus Sicht der Kommission gibt es dafür eine Reihe vielversprechender Möglichkeiten, z. B. die Einrichtung eines gemeinsamen Studiengangs zum Thema „Energieeffizienz“.

Dafür kann auf die Studiengänge der Mathematik verzichtet werden, die seit Jahren unbefriedigende Absolvatenzahlen aufweisen. Im Bereich der Grundlagenausbildung sollte die Zusammenarbeit mit der Hochschule Lausitz (FH) gesucht werden. Die Lehrleistung ist in Senftenberg zu erbringen. Dabei sind die für die

Studierenden einer Fachhochschule typischen Studienvoraussetzungen zu beachten.

Aus Sicht der Kommission sollte die Kerninformatik trotz einer geringen Auslastung aufrechterhalten werden. Wichtig erscheint eine zusätzliche Ausrichtung auf die Informations- und Medientechnik sowie auf E-Business. Der Ausbau der Informatik sollte auf den für Universitäten notwendigen Mindestausbaustand (ca. 11 Professuren) begrenzt werden.

BTU Cottbus Fakultät 3: „Maschinenbau und Materialwissenschaften“

Die Fakultät 3 sollte aus den bisherigen Instituten für Verkehrstechnik und Produktionsforschung bestehen. Darüber hinaus wird eine Zuordnung der Physik in die Fakultät empfohlen. Die einzelnen Forschungsschwerpunkte der Physik sind in die der Elektrotechnik und der Werkstofftechnik/Produktionsforschung einzubinden. Eine Fokussierung auf materialwissenschaftliche Fragestellungen erscheint ange raten, ebenso wie die Zuordnung des Themas „Katalytische Umwandlung von CO₂ zum Institut für Energietechnik.

Im Zuge der Neugründung der Fakultät sind gemeinsame Forschungsschwerpunkte der Fakultät zu entwickeln, die sowohl dem anzustrebenden Gesamtprofil der Universität als auch den bestehenden, in Teilen herausragenden Forschungsprojekten Rechnung tragen. Dabei ist auch die fakultätsübergreifende Zusammenarbeit zu suchen. Zu nennen ist hier insbesondere die Kooperation mit der Angewandten Mathematik, die zu einer stärkeren Berücksichtigung von Simulationsmethoden und Modellbildung in der Forschung führen kann.

Die Fakultätsneugründung sollte auch dazu führen, dass sich die Verkehrstechnik, wie bereits vom Wissenschaftsrat 2002 empfohlen, sehr viel stärker auf ausgewählte Forschungsprojekte konzentriert. Grundsätzlich ist vor dem Hintergrund der zum Teil zu geringen Forschungsleistungen sowie vor dem Hintergrund der Schwerpunkte der TU Dresden zu prüfen, ob alle Lehrstühle der Verkehrstechnik dauerhaft erhalten bleiben sollten. Darüber hinaus ist auch hier einzufordern, dass besonders national und international erfolgreiche Bereiche, zu denen z.B. der Lehrstuhl „Aerodynamik und Strömungslehre“ zählt, in ein Gesamtprofil der Fakultät eingebunden werden. Dabei ist auch an interdisziplinäre Ansätze zu denken, etwa in den Bereichen Aerodynamik, Leichtbau und Energieeinsparung. Eine stärkere Ausrichtung auf anwendungstechnische Probleme könnte zudem auch die Zusammenarbeit mit der (regionalen) Industrie fördern.

Der Studiengang Maschinenbau wird von der Kommission in Übereinstimmung mit dem CHE-Ranking positiv bewertet. Dringenden Verbesserungsbedarf sieht die Kommission allerdings bei der deutlich zu hohen Abbrecherquote.

Eigenständige Physikstudiengänge sollten in der neuen Fakultätsstruktur nicht fortgeführt werden. Hier ist angesichts der über viele Jahre deutlich zu geringen Absolventenzahl nicht erkennbar, wie eine nachhaltige Verbesserung in der Auslastung erreicht werden könnte.

Hochschule Lausitz (FH) Fakultät 1: „Ingenieurwissenschaften und Informatik“

Die Fachgebiete Informatik, Elektrotechnik und Maschinenbau sind durchweg gut in die Region eingebunden. Diese Stärke gilt es nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen, zumal sich hierdurch eine Steigerung der Drittmitteleinnahmen für

alle drei Fachgebiete erreichen lässt.

Im Bereich des Maschinenbaus verfügt die Fakultät über einige besonders erfolgreiche Forschungsgruppen, wie FEM/CFD Modellierung für strukturmechanische und fluiddynamische Untersuchungen (vier Drittmittelbeschäftigte), Fördertechnik (vier Drittmittelbeschäftigte) und Fertigungstechnik (zehn Drittmittelbeschäftigte).

Die Initiative zur Gründung eines In-Instituts „Energieoptimierter Standort“ zeigt ein hohes Maß an Interdisziplinarität und eine ausgeprägte Kooperationsbereitschaft und wird daher von der Kommission begrüßt. Bei einem erfolgreichen Aufbau des Instituts könnten sich langfristig Kooperationsmöglichkeiten mit der BTU Cottbus und insbesondere mit der gemeinsamen Fakultät 4 „Architektur und Bauingenieurwesen“ ergeben.

Das Forschungsprofil der Informatik ist auch im Vergleich mit den anderen Ingenieurbereichen schwach ausgeprägt und sollte gestärkt werden. Hiervon verspricht sich die Kommission eine weitere Verbesserung der bereits gut etablierten Kooperation mit der Industrie.

Die Fakultät muss sich insgesamt bemühen, mehr Studienanfänger zu gewinnen und die Studienerfolgsquote zu erhöhen.

Unabhängig von den im Bereich der Forschung kaum vorhandenen Anknüpfungspunkten für eine Kooperation mit der BTU Cottbus müssen die Hochschulen in der Grundlagenausbildung, insbesondere in der Mathematik, zusammenarbeiten. Hier sind die Kapazitäten der BTU Cottbus auch in Senftenberg zu nutzen. Eine ausschließliche Öffnung der Lehrangebote der BTU Cottbus für Studierende der Hochschule Lausitz reicht dabei nicht nur wegen der räumlichen Entfernung beider Standorte nicht aus, sondern sie würde auch die spezifischen Studienvoraussetzungen der Studierenden der Hochschule Lausitz nicht berücksichtigen, die häufig über keine Allgemeine Hochschulzugangsberechtigung verfügen.

Die Medizintechnik sollte in der Fakultät verankert und durch Stellenumwidmungen gestärkt werden. Dies befördert die als zukunftsweisend angesehene Zusammenarbeit der Medizintechnik mit der Physiotherapie, die auch durch die Einbeziehung weiterer Professuren aus den Ingenieurwissenschaften gefördert werden sollte.

Schließlich spricht sich die Kommission dafür aus, das Sozialwesen, die Musikpädagogik, den zu entwickelnden Pflege- und Gesundheitsbereich sowie die Medizintechnik und Physiotherapie mit einem innovativen Konzept zu verknüpfen.

Hochschule Lausitz (FH) Fakultät 2: „Biotechnologie und Chemische Verfahrenstechnik“

Die Fakultät 2, die aus der bisherigen „Fakultät für Naturwissenschaften“ gebildet wird, hat einen hohen wissenschaftlichen Anspruch, der, wie bereits ausgeführt, nicht durchgehend erfüllt wird. Deshalb ist trotz dieser im Grundsatz positiv zu bewertenden Entwicklung darauf hinzuweisen, dass die Forschungsorientierung nicht zu Lasten der originär anwendungsbezogenen Ausbildung an Fachhochschulen gehen sollte. Der Hochschule Lausitz (FH) wird dringend geraten, die Balance zwischen einer praxisbezogenen Ausbildung und einer mehr forschungsorientierten Ausbildung mit universitärem Anspruch zu wahren.

Innerhalb der Fakultät ist die Biotechnologie noch einmal besonders herauszuheben. Die von ihr gewählten Schwerpunkte in Technischer Mikrobiologie, Enzymtechnologie, Zellbiologie, Molekularbiologie und vor allem auch in der Bioanalytik führten bereits zu erfolgreichem Technologietransfer mit Produktentwicklun-

gen und Firmengründungen. Weitere Projekte in der Forschung sind inzwischen soweit vorangeschritten, dass konkrete Planungen zu Ausgründungen bestehen. Das auf dem Campus geplante Innovationszentrum wird in diesem Zusammenhang von der Kommission sehr begrüßt, weil es helfen wird, die Anbindung der ausgegründeten Unternehmen an die Hochschule zu sichern.

Die beiden Biotechnologie-Studiengänge sollten auf dem hohen Niveau fortgeführt werden. Sie überzeugen in ihrer Struktur und Ausrichtung. Dabei sollten weitere forschungsstarke Fachkollegen aus den Naturwissenschaften in die Ausbildung zur Aufrechterhaltung der hohen Qualität einbezogen werden.

Schon jetzt ist sehr aner kennenswert, wie den Spitzenstudierenden Promotionsmöglichkeiten mit verschiedenen Universitäten in Deutschland vermittelt werden. In diesem Gebiet ergibt sich aber weitergehender Handlungsbedarf. So sollte überlegt werden, die Doktoranden in der Biotechnologie in einem Graduiertenkolleg zusammenzufassen, um sie zeitgemäß ausbilden zu können. Dem aufzubauenden hochschulübergreifenden „Lausitz-Doktorandenkolleg“ kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu, weil es auch einen Beitrag zur Verbesserung der Betreuungssituation des wissenschaftlichen Nachwuchses der Hochschule Lausitz (FH) leisten soll.

Das Konzept des kürzlich eingerichteten Chemiestudiengangs konnte die Kommission nicht überzeugen. Der Hochschule Lausitz (FH) fehlt das für eine Chemieausbildung nötige Fächerspektrum. Zudem werden die Arbeitsmarktaussichten der BA-Absolventen eher skeptisch beurteilt. Die Kommission schlägt daher vor, anstelle des bisherigen Studiengangs „Chemie“ einen Studiengang „Chemische Verfahrenstechnik“ zu konzipieren. Ein solcher Studiengang führt das Chemieingenieurwesen mit der Chemischen Verfahrenstechnik zusammen und schafft Anknüpfungspunkte zur Biotechnologie.

Aus dem Genannten ergibt sich die Empfehlung zur Umbenennung der Fakultät in „Fakultät für Biotechnologie und Chemische Verfahrenstechnik“. Mit der neuen Bezeichnung soll die Bedeutung der Biotechnologie für das künftige Profil hervorgehoben und als Markenzeichen im Fakultätsnamen verankert werden. Die „Chemische Verfahrenstechnik“ wiederum hebt klarer auf die Stärke eines spezifischen fachhochschulischen Angebots ab.

Hochschule Lausitz (FH) Fakultät 3: „ Gesundheits- und Sozialwesen“

Diese Fakultät 3, die vollständig in Senftenberg angesiedelt werden sollte, setzt sich aus bewährten und neuen Teilen zusammen. Zu den bewährten Teilen zählt das Sozialwesen, das bereits inhaltlich und konzeptionell der zukünftigen demografischen und sozialstrukturellen Entwicklung der Region Rechnung trägt. Es wird begrüßt, dass zusätzlich zum Grundthema „Jugend und Familie“ das Thema „Alter“ behandelt wird. Hier sollte allerdings noch das wichtige neue Berufsfeld „Arbeit mit alten Menschen“ hinzugefügt werden.

Die „Musikpädagogik“ muss ungeachtet ihrer sehr guten Arbeit stärker mit anderen Fachgebieten der Hochschule verknüpft werden. Das gilt insbesondere für die Zusammenarbeit mit der labormäßig hervorragend ausgestatteten Physiotherapie, die es ermöglichen würde, angehenden Musikpädagogen spezielles Wissen und spezielle Diagnostiken über Fehlhaltungen am Instrument bzw. die Optimierung von motorischen Prozessen beim Erwerb instrumenteller Fähigkeiten zu vermitteln. Umgekehrt kann auch die Musikpädagogik ihre Kompetenzen in andere Studiengänge einbringen. Hier ist an den Studiengang „Soziale Arbeit“ im Hinblick auf

die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen als auch mit Senioren genauso zu denken, wie an die Nutzungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen. Es wird nachdrücklich empfohlen, die Musikpädagogik stärker zu integrieren und nicht als Solitär mit Ausnahmestellung zu betrachten.

Das gilt auch und gerade im Rahmen der vorgeschlagenen deutlichen Stärkung der Fakultät durch den Aufbau von Angeboten in der Medizin- und Pflegepädagogik, dem Gesundheits- und Pflegemanagement sowie in den Gesundheits- und Pflegewissenschaften. Die Gutachter unterstützen ausdrücklich die entsprechenden Pläne der Landesregierung für den Aufbau der genannten Angebote. Als besonders prospektiv wird dabei der Anspruch des Landes an eine qualifizierte Lehrerbildung in den Gesundheitsbereichen auf Master-Ebene betrachtet.

Die Kommission ist der Überzeugung, dass die Voraussetzungen für die Einrichtung der neuen Angebote im Gesundheits- und Pflegebereich sowohl in der Hochschule als auch in der Region mit entsprechenden Kooperationspartnern gegeben sind, zumal derartige Angebote keine Anbindung an die Spitzenmedizin erfordern.

Als wichtig für die weitere Entwicklung der Fakultät wird auch die Stärkung der Internationalisierung angesehen. Eine Auseinandersetzung mit sozialen, medizinischen und gesundheitlichen Problemen in anderen Gebieten der Welt würde die Attraktivität des Fachgebiets für ausländische Studierende steigern.

Fakultät 4: „Architektur und Bauingenieurwesen“

Die Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen gehören zu den tradierten und wissenschaftspolitisch wichtigen Fachangeboten des Hochschulstandorts Cottbus. Sie sollten als tragende Säulen für die weitere Entwicklung der Region auch künftige Ausbildungsschwerpunkte bleiben.

Die Entwicklungsaufgaben in der Region erfordern ein starkes Bauwesen am Ort, das getragen und unterstützt wird von der Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen, die in der Region die dort vorliegenden Probleme kennen und durch ihren Verbleib in der Region das erforderliche Wissen für die Zukunftsfähigkeit des Standorts bereitstellen. Neben der Qualifizierung von Fachkräften durch Aus- und Weiterbildung stellt die Forschungs- und Entwicklungsleistung von Hochschulen eine Stützung der regionalen Wirtschaft dar und erhöht die Attraktivität des Standorts für Zukunftstechnologien.

Vor dem Hintergrund der Größe der Region, ihres universitären Konkurrenzumfelds (Dresden, Berlin) und der demografischen Entwicklung ist aber die parallele Aufrechterhaltung der „Baufächer“ an der BTU Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) auf einem entwicklungs- und wettbewerbsfähigen Niveau nicht zu empfehlen.

Vielmehr ist eine Konzentration der Stärken der BTU Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) vorzunehmen, um auf diese Weise die unbedingt zu erhaltenden Disziplinen Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung attraktiver und zukunftssicher zu machen. Bei dieser Umstrukturierung, die bereits von beiden Institutionen mit der Gründung des David-Gilly-Instituts begonnen wurde, werden Kapazitäten frei, die z.T. für eine Schwerpunktbildung genutzt werden könnten. Aus Sicht der Kommission von zentraler Bedeutung ist, dass die jetzt an der BTU Cottbus vorhandene starke Verzahnung von Architektur, Bauingenieurwesen, Stadtplanung und bauhistorischer Forschung auch in der neuen gemeinsamen Fakultät erhalten bleibt. Die jetzige Form des David-Gilly-Instituts mit seiner ausschließli-

chen Konzentration auf das Bauingenieurwesen gefährdet das „Cottbuser Modell“.

Für die Bau-Fachgebiete könnten gemeinsame Zukunftsthemen aus dem Komplex „Stadt/ Stadtversorgung/Energie/Bauen im Bestand/Technische Netze/Regionale Strukturen“ entwickelt werden. Der Fokus sollte auf die regionalen Fragen der schrumpfenden und kleinen Städte, ihre energetische Sanierung und den Umbau im Bestand sowie auf Zukunftsfragen der südbrandenburgischen Region und hier insbesondere auf die wichtige Neugestaltung von Kulturlandschaften im direkten Umfeld gerichtet werden.

Ein besonderes Potential zur Profilentwicklung liegt in weitergehenden Kooperationen mit anderen Fachgebieten, wie zum Beispiel den Umweltwissenschaften der BTU Cottbus oder der Energietechnik der Hochschule Lausitz (FH) in Senftenberg.

Im Bereich der Architektur und Planung sind die forschungsstarken Gebiete (Geschichte, Bauforschung, Denkmalpflege, Stadttechnik, Bauökonomie) zu stärken. Auf wissenschaftlich kaum tragfähige Modethemen wie „Architekturkommunikation“ sollte verzichtet werden.

Bei dem personellen Neuaufbau des Bauingenieurwesens sollte der Bereich Wasserbau wieder integriert werden. Der Materialbereich (Werkstoffe des Bauwesens) ist neu aufzubauen.

Die angebotenen Studiengänge sind insgesamt zu weitgehend diversifiziert. Die Profilstruktur durch BA- und MA-Programme im Bauwesen ist für einen kleinen Hochschulstandort nicht zukunftsfähig. Breiter angelegte Studienangebote mit Wahlangeboten erlauben, die sehr positiv angesehene Einbeziehung der Architektur und der Regionalplanung in der Ausbildung der Bauingenieure fortzuführen und zu intensivieren. Gemeinsame Lehrveranstaltungen für Bauingenieure und Architekten werden schon gehalten und sollten weiterhin auch bereits im Bachelorstudium durchgeführt werden.

Das im gegenwärtigen „David-Gilly-Institut“ angelegte „X-Modell“ mit jeweils zwei BA- und MA-Studienangeboten sollte in allen Bauächern angestrebt werden. Es berücksichtigt die unterschiedlichen Bedarfe und Interessen der Studierenden und der Wirtschaft und kann dazu beitragen, die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen zu erhöhen. Allerdings erscheint das „X-Modell“ in der Umsetzung noch nicht ausgereift.

Fakultät 5: „Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsingenieurwesen“

Wie im Bereich des Bauwesens gibt es auch im Bereich der Betriebswirtschaftslehre und des Wirtschaftsingenieurwesens ähnliche Studienangebote an beiden Hochschulen. Die von den Hochschulen vorgetragenen Begründungen für eine bisher schwach ausgeprägte Zusammenarbeit können nicht überzeugen und scheinen eher Ergebnis eines fehlenden Kooperationswillens zu sein.

Die Kommission empfiehlt, eine gemeinsame Hochschultyp-übergreifende Fakultät zu schaffen. Eine rein virtuelle Aufstellung ist in keinem Fall ausreichend. Im akademischen Bereich dieser gemeinsamen Fakultät muss fachbezogen eine enge hochschulübergreifende Zusammenarbeit verwirklicht werden, z.B. durch gemeinsame Institute, gemeinsame Masterstudienangebote, Mitwirkung an Berufungsverfahren und Promotionsordnungen, die eine Beteiligung von Fachhochschulprofessoren an Promotionsverfahren und den verlässlichen Zugang geeigneter Fachhochschulabsolventen zur Promotion sichern.

Die neu zu gründende Fakultät muss wie die anderen Fakultäten auch ihren Bei-

trag zur Profilierung der Hochschulen leisten. Hierzu muss sie ein eigenständiges Konzept für Forschungs- und Lehrschwerpunkte entwickeln, das sich auf die Kernthemen der Lausitzer Hochschulen bezieht.

Im Bereich der Betriebswirtschaftslehre ist das Lehrprofil mit seinen Wahlpflichtfächern, stärker als es bisher an der BTU Cottbus der Fall ist, an den Forschungsschwerpunkten der Lehrenden auszurichten, um eine enge Verbindung von Lehre und Forschung zu erreichen.

Eine gemeinsame Neuaufstellung ist auch im Bereich des Wirtschaftsingenieurwesens notwendig, dabei sind Kapazitätsanpassungen zu prüfen, da die Studiengänge zuletzt nicht immer ausgelastet waren. Zudem sollten sich die Studienrichtungen nicht an den bisherigen Schwerpunktsetzungen der BTU im Bereich des Wirtschaftsingenieurwesens orientieren.

Lausitz-Doktorandenkolleg

Das Lausitz-Doktorandenkolleg kann ein wichtiges Instrument werden, um die Versäulung des Hochschulsystems aufzubrechen. Mit diesem Kolleg werden den Doktoranden der Hochschule Lausitz (FH), systematisch und institutionell abgesichert, Wege in eine adäquate Betreuung an der Universität eröffnet.

Für besonders zentral hält es die Kommission, dass den geeigneten Doktoranden, insbesondere aus dem Fachgebiet Biotechnologie, Qualifikationswege in der Lausitz eröffnet werden, um ihnen eine wissenschaftliche Karriere in der Region zu ermöglichen und die Fakultäten in die Lage zu versetzen, eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs zu generieren.

Die Hochschulstrukturkommission des Landes wird Modelle prüfen und geeignete Instrumente vorschlagen, welche Promotionen an der BTU Cottbus ermöglichen.

Das zu entwickelnde Konzept für das Lausitz-Doktorandenkolleg sollte auch Instrumente enthalten, die begabten Studierenden in FH-Masterprogrammen einen leichteren Übergang in ein Promotionsvorhaben ermöglichen.

Bei der Gesamtkonzeption sind bewährte Instrumente der Nachwuchsförderung zu übernehmen.

Lausitz-Zentrum für Studierendengewinnung und Studienvorbereitung

Für die Zukunft der Lausitzer Hochschulen sind eine hohe Attraktivität, ein klares, überregional sichtbares Forschungsprofil und eine hervorragende Lehre notwendige aber nicht hinreichende Bedingungen. Die Hochschulen müssen aktiv um Studierende werben und sich insbesondere auch um die verstärkte Gewinnung ausländischer Studierender bemühen. Hierzu gibt es bereits eine Reihe attraktiver Maßnahmen der beiden Hochschulen, die in einem gemeinsamen Zentrum zu bündeln sind.

Die Hochschulen sollten sich auch weiterhin an den landesweiten Projekten zur Steigerung der Studierneigung beteiligen. Hier kann eine gemeinsame starke Einrichtung zwei kleinere ersetzen.

Angesichts der demographischen Entwicklung mit dem Rückgang an Schulabsolventen, der sich bereits in Brandenburg und den anderen neuen Ländern überdeutlich zeigt, aber auch in den alten Ländern in nicht allzu ferner Zukunft absehbar ist, gilt es verstärkt, alle Bildungspotentiale zu nutzen. Die Erhöhung der Durchlässigkeit ist hierbei ein wichtiger Aspekt. Wesentliche Weichenstellungen,

die den Hochschulzugang auch ohne eine traditionelle Hochschulzugangsberechtigung ermöglichen, sind vorgenommen worden. Es ist nun auch an den Hochschulen, diese Potentiale vermehrt zu nutzen. Das stellt sie aber vor neue große Herausforderungen: Je heterogener die Studierendenzusammensetzung ist, desto schwieriger ist es, die Lehrangebote an die Bedürfnisse der Studierenden anzupassen, ohne das Abschlussniveau zu gefährden. Mit dem Lausitz-Zentrum für Studierendengewinnung und Studienvorbereitung wird eine gemeinsame Einrichtung vorgeschlagen, die Programme für diese wachsende Zielgruppe entwickeln und umsetzen kann. Hier sollten auch die bereits bestehenden Vorbereitungskurse gebündelt und ausgebaut werden. Auch ist zu überprüfen, ob entsprechend qualifizierte Lehrende für diese Aufgaben gewonnen werden sollen. Auf jeden Fall ist eine enge Abstimmung der Lehrinhalte mit den einzelnen Fakultäten und Studiengängen zwingend notwendig.

Lausitz-Zentrum für Weiterbildung

Die demographische Entwicklung, die bis 2020 zu einem Rückgang des Anteils der erwerbsfähigen Bevölkerung um ca. 16 Prozent führen wird, erfordert nicht nur, die Durchlässigkeit formal und real zu ermöglichen, sondern auch verstärkt und systematisch wissenschaftliche Weiterbildung anzubieten. Die Kommission ist überzeugt, dass Lebenslanges Lernen und wissenschaftliche Weiterbildung zu einem strategischen Handlungsfeld der Hochschulen in ganz Deutschland werden wird. Die Implementierung erfolgreicher Maßnahmen zur Gewinnung, Entwicklung und Bindung von Mitarbeitern wird für Unternehmen zu einer zentralen Führungsaufgabe. Hierin liegt nicht nur eine neue Herausforderung, sondern gerade auch für die Hochschulen in der Lausitz eine große Chance. Angebote zur wissenschaftlichen Weiterbildung können langfristig helfen, die vorhandenen Kapazitäten zum Wohle des Landes und der Region auszulasten und damit auch die Unternehmen vor Ort zu fördern. Der Bedarf ist vorhanden, aber noch nicht systematisch erfasst.

Die Potentiale von Bildungspartnerschaften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind generell in Deutschland nicht ausgeschöpft. In der Region Lausitz könnte eine modellhafte Kooperation entstehen. Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen des Hochschulbereichs sollten geprüft werden, insbesondere im Bereich der berufsbegleitenden Bachelor-Studiengänge.

Die Weiterbildungsangebote sind so zu gestalten, dass sie überregional attraktiv und nutzbar werden. Das erfordert eine flexible Gestaltung und insbesondere möglichst kurze, auf das notwendige Maß beschränkte Präsenzphasen. Der Vermittlungsprozess sollte auf E-Learning-Modulen aufbauen und sich Lernplattformen bedienen. Für beides ist an der BTU Cottbus eine Infrastruktur vorhanden, die auch für Weiterbildungszwecke eingesetzt werden kann. Wichtig dabei ist allerdings, dass Lernende im Netz sehr gut betreut werden. Dafür ist eine ausreichende Personalkapazität einzuplanen.

Es bedarf einer klaren Verpflichtung der beiden Hochschulen zum strategischen Ausbau des Handlungsfeldes Lebenslanges Lernen/Weiterbildung und der systematischen Einbettung der Weiterbildung und der Aktivitäten des Lebenslangen Lernens in die jeweilige Entwicklungsstrategie der Hochschulen. Dazu muss jeweils ein interner Organisationsentwicklungs-Prozess in Gang gesetzt werden, an dem auch forschungsstarke Professuren beteiligt werden. Für die strategische Entwicklung der Weiterbildung müssen die Hochschulleitungen die Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig bedarf es aber auch eines entsprechenden Engagements der Wissenschaftler in der Entwicklung und Umsetzung von Weiterbil-

dungsangeboten; ihr Mitwirken ist eine Grundvoraussetzung für die Qualität und damit den langfristigen und nachhaltigen Erfolg in diesem Bereich.

Beide Hochschulen müssen weitere, eigenständige Entwicklungsarbeit (Strategie, Gesamtkonzeption inkl. Finanzierungsmodell, Organisationsstruktur, Organisationsentwicklung, Akzeptanz des Arbeitsfeldes, bedarfsgerechte Produktgestaltung sowie ziel- und kundenorientierte Vermarktung, etc.) im Bereich der Weiterbildung leisten, um auf diesem Gebiet wettbewerbsfähig zu werden.

Bezüglich der aufzubauenden Struktur für die Weiterbildung sollte ein Konzept erarbeitet werden, das hinsichtlich seines Innovationspotentials bundesweit Beachtung findet. Es wird empfohlen, dass sich die beiden Hochschulen gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft und öffentlicher Hand als gleichberechtigte Partner dazu verständigen, eine gemeinsame Plattform zu schaffen, die das Thema Weiterbildung aktiv aufgreift.

Eine institutionalisierte Wirtschaft-Wissenschaft-Kooperation könnte ein Modellprojekt werden und aufzeigen, wie ein intensiver Dialog zwischen Hochschulen und regionaler Wirtschaft aufgebaut und zur strategischen Weiterentwicklung einer ganzen Region genutzt werden kann.

Das neue gemeinsame Weiterbildungszentrum soll der Institutionalisierung einer strategischen Partnerschaft zwischen Hochschulen und Unternehmen dienen und damit die Weiterbildungsbeziehungen in einen größeren Kontext stellen.

Als gemeinsame Aufgaben ergeben sich die Entwicklung von: auf die Region und deren Bedürfnisse ausgerichteten Weiterbildungsangeboten, speziell auf die KMU zugeschnittenen Angeboten, berufsbegleitenden Bachelor-Studiengängen und dualen Studiengängen sowie einzelnen internationalen Studiengängen (beispielsweise zum Schwerpunktthema Energie) mit Strahlkraft und Reputation. In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist eine Grundabnahme im Rahmen der Personalentwicklungsarbeit der Unternehmen sicherzustellen. Dabei sind Weiterbildung und Wissenstransfer zu verknüpfen und die Möglichkeiten gemeinsamer FuE-Projekte zu nutzen.

Für ein derartiges Modellprojekt ist die Bereitstellung von angemessenen Finanzmitteln erforderlich, die sich aus den Beiträgen der Kooperationspartner und aus Fördermitteln zusammensetzen. Die am Begutachtungsprozess beteiligten Vertreter der Wirtschaft haben ihre inhaltlich-konzeptionelle Unterstützung für eine derartige gemeinsame Weiterbildungsplattform zugesagt. Eine darüber hinaus gehende finanzielle Unterstützung und Beteiligung durch die Wirtschaft, ist zwischen den Partnern im Rahmen der Konzepterarbeitung zu diskutieren. Eine zusätzliche Möglichkeit der Finanzierung könnten länderübergreifende EU-Fördermittel darstellen.

Fazit

Die Kommission sieht trotz schwieriger Rahmenbedingungen gute Entwicklungspotentiale für die Hochschulregion Lausitz. Um sie ausschöpfen zu können, müssen die beiden Hochschulen sich auf wenige klar benennbare Schwerpunkte konzentrieren. Andere kleinere Technische Universitäten belegen, dass dies erfolgreich gelingen kann. Aufgrund der in Teilen bereits vorhandenen Stärken der Hochschulen und der günstigen regionalen und überregionalen Trends bietet die fakultätsübergreifende Konzentration auf die Themen Energie und Umwelt besondere Chancen. Für die Hochschule Lausitz (FH) eröffnen sich durch die Koopera-

tion mit der BTU Cottbus völlig neue Entwicklungschancen. Allerdings darf sie dabei ihre Stärken in der regionalen Einbindung und im Praxisbezug ihrer Studienangebote nicht aus den Augen verlieren.

Voraussetzung für den Erfolg ist, dass bei allen Beteiligten ein Prozess des Umdenkens einsetzt. Der Erfolg wird nur miteinander zu erreichen sein. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen wird den Hochschulen und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur geraten, den angedachten Entwicklungsprozess in allen Teilschritten durch bewährte Peer Review-Verfahren zu begleiten.

Begründung

Allgemeines zu Artikel 1 – Gesetz zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz

Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus und die Hochschule Lausitz (FH) haben sich - mit gemeinsam 10.100 Studierenden - zu einem eigenständigen Wissenschafts- und Wirtschaftsfaktor in der Region Lausitz entwickelt, der insbesondere auch zur Deckung des Fachkräftebedarfs der Region einen wesentlichen Beitrag leistet. Die Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Region haben sich jedoch nicht so verwirklicht, wie zum Zeitpunkt der Errichtung beider Hochschulen angenommen. Zudem steht die Region vor der Herausforderung des demografischen Wandels, der einerseits durch einen erheblichen Rückgang der Geburtenzahlen nach 1989 und andererseits zusätzlich durch eine erhebliche Abwanderung gekennzeichnet ist. Vor diesem Hintergrund setzte im Mai 2010 die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur eine unabhängige Kommission zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz unter Vorsitz von Prof. Dr. Dr. h.c. Rolf Emmermann bestehend aus fünf Mitgliedern ein („Lausitz-Kommission“), um eine Konzeption für die Zukunft der Hochschullandschaft Lausitz zu entwickeln. Die Kommission hatte insbesondere den Auftrag, die Hochschulregion zu evaluieren und das ursprüngliche Fächerspektrum mit einer Reihe von ähnlichen Studiengängen und einer ingenieurwissenschaftlich-technischen Ausrichtung mit den daran gebundenen Studienplatzkapazitäten neu zu bewerten. Im Februar 2012 hat die Kommission ihre umfangreichen Arbeitsergebnisse vorgelegt. Parallel erarbeitete die Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg unter Vorsitz von Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Friedrich Buttler eine Zukunftskonzeption für die Hochschullandschaft des gesamten Landes Brandenburg. Die Empfehlungen der Lausitz-Kommission gingen in den Bericht der Hochschulstrukturkommission ein.

Die Lausitz-Kommission gelangt zu dem Schluss, dass die Startbedingungen für zwei technische Hochschulen in der Lausitz, räumlich nah und zugleich randständig gelegen, zwischen zwei bedeutsamen technischen Universitäten angesiedelt (Technische Universität Berlin und Technische Universität Dresden), ungünstig waren. Sie konstatiert, dass die Region vor großen Herausforderungen in der Zukunft steht. Diese sind zum einen durch den weiterhin in Gang befindlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwandel, zum anderen durch den demographischen Wandel bedingt. So zeigt die Studie der HIS GmbH zur „Beteiligung an Hochschulbildung in Brandenburg“, dass die Hochschulen in der Lausitz bei einer weiteren Steigerung der Studierneigung und der Attraktivität des Studienangebots eine Auslastung erreichen können. Dem widerspricht auch nicht die zuletzt positive Entwicklung der Studierendenzahlen an der Brandenburgischen Techni-

schen Universität Cottbus, da sie zu einem großen Teil auf den Aufbau der Betriebswirtschaftslehre zurückzuführen ist.

Die Lausitz-Kommission stellt fest, dass sich in der Lausitz zwei Hochschulen mit einem ähnlichen Fächerspektrum und deutlichen Überlappungen in verschiedenen Bereichen herausgebildet haben. Für beide Hochschulen gelangt die Kommission zu dem Ergebnis, dass die schon vom Wissenschaftsrat 2002 geforderte stärkere Kooperation der Hochschulen mit wenigen Ausnahmen (z.B. David-Gilly-Institut im Bereich Bauingenieurwesen) bislang nicht umgesetzt wurde. „Bestehende Kooperationspotentiale wurden weder innerhalb der Hochschulen noch über die Hochschulgrenzen hinweg ausgeschöpft. Vielmehr besteht der Eindruck, dass sich die Hochschulen um Abgrenzung statt um Kooperation bemühen.“ Ein erheblicher Teil der dadurch entstandenen Probleme ist nach Auffassung der Kommission darauf zurückzuführen, „dass es den Hochschulen nicht gelungen ist, trotz vielfältiger Anregungen und Hinweise zu einer miteinander abgestimmten Entwicklung zu kommen“.

An der Hochschule Lausitz (FH) hebt die Kommission die enge Einbindung der Hochschule in die Region und die Vernetzung mit der Wirtschaft besonders positiv hervor. Im Fachgebiet Biotechnologie identifizierte die Kommission einen Bereich mit universitärem Niveau, der über den anwendungsbezogenen Anspruch von Fachhochschulen weit hinausgeht. An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus wird in einigen Bereichen besonders die gute Lehre genannt, die mehrfach Spitzenpositionen in nationalen Rankings erlangte. Im Bereich der Forschung wird festgestellt, dass eine breite Spreizung hinsichtlich der Quantität bei der Betreuung von Promotionen durch Professorinnen und Professoren sowie bei der Einwerbung von Drittmitteln zu verzeichnen ist. Sehr gute Ergebnisse in der Forschung werden von einigen wenigen Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern erbracht. Der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus ist es nach Einschätzung der Kommission bislang nicht gelungen, ein klares Forschungsprofil zu entwickeln, wofür die fehlende Mitgliedschaft in der Deutschen Forschungsgemeinschaft symptomatisch ist.

Die Lausitz-Kommission gelangt in ihrer abschließenden Bewertung der Stärken und Schwächen beider Hochschulen zu der Einschätzung, dass nur „eine radikale Neustrukturierung und grundlegende Neuausrichtung in Lehre und Forschung den Bedarfen des Landes, der Region und der Hochschulen selbst gerecht wird“. Hierzu gibt die Kommission umfangreiche Empfehlungen zum Studienangebot, zur Steigerung der Attraktivität in Lehre und Forschung, zur Steigerung der FuE-Leistungen und zur verstärkten Kooperationswilligkeit. Zudem schlägt die Kommission der Ministerin vor, eine Struktur zu entwickeln, welche die Ausnutzung der bestehenden Kooperationspotentiale an den Hochschulen ermöglicht und dabei zugleich die für das Land und die Region wichtigen charakteristischen Schwerpunkte und Besonderheiten beider Hochschultypen erhält. Hierbei verweist sie auf zwei Bereiche:

1. die spezifischen Aufgabenstellungen der Hochschultypen und
2. die verschiedenen Bewerberinnen und Bewerber bzw. Studierendenzielgruppen.

Hinsichtlich der Aufgabenstellung nimmt die Kommission auf die wichtigen Beiträge der Hochschule Lausitz (FH) zum Wissens- und Technologietransfer für die regionale, überwiegend klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaft bzw. die Sicherung der Fachkräfte für das mittlere Management in der Region Bezug, den die Hochschule Lausitz (FH) in hervorragender Weise leistet. Als besondere Aufgabe der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus beschreibt die Kommission die Erwartung, insbesondere Antworten auf überregionale und internationale Fragestellungen zu geben, die eine deutliche Erhöhung der Forschungsstärke voraussetzt. Hierzu bedürfe es zudem einer starken Fokussierung aller Fakultäten auf die Themen Energie und Umwelt. Nur so könne sich die Brandenburgische Technische Universität Cottbus besser als bisher als kooperationsfähige Partnerin der Großunternehmen in der Region oder für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen positionieren.

Bezüglich der Bewerberinnen und Bewerber- bzw. Studierendenzielgruppen verweist die Lausitz-Kommission auf die Qualifikationsvoraussetzungen der Bewerberinnen und Bewerber und Studierenden an der Hochschule Lausitz (FH), die zu über 40% nicht über eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung verfügen. Um die Studierenden zum Studienerfolg zu führen, ist nach ihrer Einschätzung eine andere Betreuung und Unterstützung erforderlich. Gerade im Hinblick auf die stärkere Durchlässigkeit des Bildungssystems sind fachhochschulische Angebote geeignet, besser auf die spezifischen Bedürfnisse von Bewerberinnen und Bewerbern z.B. aus bildungsfernen Herkunftsgruppen einzugehen, Aufstiegschancen zu eröffnen und die Abwanderung aus der Region zu verhindern.

Diese Erwägungen in Rechnung stellend, regt die Lausitz-Kommission an, an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und an der Hochschule Lausitz (FH) je drei Fakultäten zu etablieren und darüber hinaus auf Grund der großen Überlappungen von Fächerangeboten und gemeinsam zu bewältigenden Zukunftsaufgaben fünf gemeinsame Einrichtungen zu bilden, davon zwei gemeinsame Fakultäten sowie ein gemeinsames Zentrum für Weiterbildung (Lausitz Professional School) mit der regionalen Wirtschaft, ein gemeinsames Lausitz-Zentrum für Studierendengewinnung und Studienvorbereitung sowie ein gemeinsames Lausitz- Doktorandenkolleg. Jedoch bezweifelt die Kommission zugleich die Eignung der gegenwärtigen Strukturen an den Hochschulen, um die notwendige Neuaufstellung zu gewährleisten.

Die Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg, die in ihre Bewertungen der gesamten brandenburgischen Hochschullandschaft die Ergebnisse der Lausitz-Kommission integriert hat, schlägt im Konsens mit der Lausitz-Kommission vor, unter dem Dach einer Errichtungsorganisation (als Holding bezeichnet), mit einem Gründungspräsidenten sowie einem unter Beteiligung von Vertretern beider Hochschulen sowie ergänzenden auswärtigen Mitgliedern gebildeten Gründungssenat eine Struktur aus drei Fakultätsgruppen festzulegen, welche die je drei gesonderten und die beiden gemeinsamen Fakultäten umfassen. Dabei sollten auch die drei gemeinsamen Einrichtungen berücksichtigt werden. Unter diesem Dach sollen die je drei von der Lausitz-Kommission vorgeschlagenen Fakultäten der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) sowie die beiden gemeinsamen Fakultäten der Hochschulen je eine Fakultätsgruppe bilden, die unterhalb der Hochschulleitung und des Senats angesiedelt sind.

Die Landesregierung hat sich auf der Grundlage der Empfehlungen und Bewertungen der Stärken und Schwächen beider Hochschulen sowie mit Blick auf die gegebenenfalls sinkende Studierendennachfrage sowie die schon 2002 festgestellte geringe Kooperationsbereitschaft der Hochschulen dazu entschieden, die Empfehlungen der Lausitz-Kommission und die Vorschläge der Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg mit der Maßgabe der Errichtung einer Technischen Universität mit einem klaren und zukunftsfähigen Profil in der Lausitz umzusetzen. Die von der Lausitz-Kommission als für die Zukunftsfähigkeit der Region herausgearbeiteten wesentlichen Eckpunkte bilden hierfür den Rahmen:

1. die Erhaltung der charakteristischen Schwerpunkte und Besonderheiten beider Hochschultypen,
2. die Beachtung der verschiedenen Qualifikationsvoraussetzungen der Bewerber/innen und Studierenden,
3. die starke Fokussierung der organisatorischen Grundeinheiten auf die Themen Energie und Umwelt,
4. die Etablierung eines Studienangebots unter Berücksichtigung der Empfehlungen zu den vorgeschlagenen Fachgebieten, das sowohl den Bedürfnissen der Unternehmen zur Fachkräftesicherung gerecht wird, gleichzeitig aber auch die Studiennachfrage berücksichtigt,
5. die Steigerung der Attraktivität in Forschung und Lehre und
6. die Stärkung der Kooperationsfähigkeit und –willigkeit.

Zu 1. Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg soll die Stärken und Potenziale der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus nutzen und mit jenen der Hochschule Lausitz (FH) verbinden. Die stärkere regionale Verankerung der Fachhochschule und der Anwendungsbezug in der Forschung sollen neben der theoriegeleiteten Forschung in jeweils dafür geschaffenen Bereichen an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg eigenständig sichtbar werden. Neben einem Studienangebot, welches eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung voraussetzt, sollen an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zugleich der Wissenstransfer und ein starker Praxisbezug durch ein anwendungsorientiertes und praxisnahes Studium für Studierende ohne allgemeine Hochschulreife gewährleistet und durch Angebote einer Professional School ergänzt und gefördert werden. Die Forschung soll durch eine starke Graduate Research School sowie durch die von der Lausitz-Kommission als Voraussetzung für eine Stärkung der Forschung genannte Fokussierung auf bestimmte Themen unterstützt und nach außen sichtbar gemacht werden.

Die Verbindung der charakteristischen Schwerpunkte und Besonderheiten der Hochschultypen unter dem Dach einer Errichtungsorganisation folgt zudem den Entwicklungen und Herausforderungen des Bologna-Prozesses, dessen Umsetzung mit der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg konsequent weiter verfolgt werden soll.

Für die Universitäten ist der Bologna-Prozess mit den Herausforderungen verknüpft, dass:

1. bereits mit dem ersten Abschluss nach sechs bis acht Semestern die Berufsqualifizierung der Studierenden hergestellt sein muss und somit die Beschäftigungsfähigkeit stärker als bisher in den Mittelpunkt der Ausbildung zu rücken ist;
2. stärker als bisher für schon im Beruf stehende Adressatinnen- und Adressatenkreise Angebote zu entwickeln und damit bedarfsgerecht „stärker anwendungsorientierte“ sowie berufsbegleitende und weiterbildende Studiengänge zu konzipieren sind (Lebenslanges Lernen);
3. stärker als bisher ein Schwerpunkt auf die Bereiche Studierfähigkeit und Studieneingangsphase gelegt werden muss.

Die Fachhochschulen stehen demgegenüber durch den Bologna-Prozess vor den Herausforderungen,

1. stärker als bisher überregional und international sichtbar und tätig zu werden, wenngleich ihr Fokus bislang eher regional verortet ist (Internationalisierung, Mobilität, Anerkennung von Leistungen);
2. eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs im Sinne der dritten Stufe der Bologna-Studienstruktur zu generieren, obwohl die Fachhochschulen nicht über das Promotionsrecht verfügen und auch nicht in absehbarer Zeit darüber verfügen werden;
3. mit dem neuen Abschlusssystem stärker in Wettbewerb mit den Universitäten zu treten. Die Unterscheidung der Abschlüsse ist bei gleicher Bezeichnung und ohne Differenzierung nach Profiltypen durch den Arbeitsmarkt über die Hinweise des Diploma Supplement möglich (einheitliches Abschlusssystem ohne Zusatz FH).

Zu 2. Die unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen werden zwar gesetzlich geregelt. Mit der unterschiedlichen Qualifizierung von Bewerberinnen und Bewerbern und den damit einhergehenden verschiedenen Bedarfen in der Studiausgestaltung und Studienbetreuung werden aber zunehmend bundesweit alle Hochschulen konfrontiert werden, da in Anlehnung an die Beschlusslage der Kultusministerkonferenz die Zugangsvoraussetzungen zum Studium an einer Universität (auch in Brandenburg) nicht mehr zwingend die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung voraussetzen. Wie von der Lausitz-Kommission vorgeschlagen, soll daher ein Zentrum für Studierendengewinnung und Studienvorbereitung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg eingerichtet werden.

Zu 3. Die starke Fokussierung der organisatorischen Grundeinheiten auf spezifische Themen soll durch die Etablierung von Programmschwerpunkten an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg erreicht werden. Wie von der Kommission vorgeschlagen, soll ein zukunftsfähiges Profil mit den Schwerpunkten: Energie und Umwelt, erweitert um den Schwerpunkt Mensch, etabliert werden. Die Gründung einer Technischen Universität mit verschiedenen Programmschwerpunkten ist darüber hinaus ein adäquater Weg, um Studienbewerberinnen und -bewerbern auf den ersten Blick zu vermitteln, durch welche Spezialisierung sich die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg auszeichnet und warum sich ein Studium gerade hier gegenüber Dresden oder Berlin lohnt. Die Schwerpunktsetzung bedeutet somit eine Identifikation mit einem regional auf der Hand liegenden zukunftsfähigen Profil, ohne die

Intention einer zu starren inhaltlichen Begrenzung. Letzteres bedeutet, dass die Fokussierung auf die Themen Energie und Umwelt mit der Betonung der technischen Komponente nicht als Engführung zu verstehen ist, bei der andere Studienangebote nicht mehr vorkommen dürfen. Vielmehr schlägt die Lausitz-Kommission namentlich mit einer organisatorischen Grundeinheit für Gesundheits- und Sozialwesen ein breiteres Spektrum vor.

Zu 4. Durch die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg wird unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Kommission ein Studienangebot entwickelt, das sowohl den Bedürfnissen der Unternehmen zur Fachkräftesicherung gerecht wird, als auch die Studiennachfrage beachtet.

Zu 5. Die Steigerung der Attraktivität des Angebots in der Lehre soll einerseits durch die von der Kommission erarbeiteten Empfehlungen zur Neuausrichtung des Studienangebots erreicht werden. Andererseits soll den Lehrenden durch die Errichtung der Schools als zentrale wissenschaftliche Einrichtungen eine stärkere Konzentration auf Forschung und Lehre ermöglicht werden. Die Attraktivität der Forschung soll durch die unter 3. genannte Fokussierung und die Einrichtung einer Graduate Research School gestärkt werden.

Zu 6. Die Stärkung der Kooperationsfähigkeit und Kooperationswilligkeit soll durch die Zugehörigkeit zur und die Identifikation mit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, durch den Abbau von Doppelangeboten und durch ein Anreizsystem mittelfristig verbessert werden.

Einzelbegründungen zu Artikel 1 – Gesetz zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz

Zu Artikel 1, § 1 Errichtung

Zu Absatz 1

Vor dem Hintergrund der Empfehlungen der Lausitz-Kommission und der Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg wird eine Technische Universität errichtet. Die dem Hochschulrecht an sich fremde, aber von der Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg ausdrücklich verwandte Bezeichnung der Holding macht dabei in Anlehnung an die Holding im Unternehmensbereich kenntlich, dass in der Technischen Universität unter einem Dach parallel Aufgaben erfüllt werden sollen, die die unterschiedliche Hochschultypik und damit wichtige Alleinstellungsmerkmale und Charakteristika der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) in wesentlichen Teilen aufrecht erhält, jedoch unter einer gemeinsamen Leitung verbindet.

Angesichts der unterschiedlichen Typik beider Hochschulen, der geplanten Erhaltung der Stärken beider Einrichtungen sowie der im Kontext des Bologna-Prozesses zunehmenden Vermischung von Aufgaben, die bisher in Deutschland eher Fachhochschulen oder Universitäten zugeordnet wurden, ist die Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg gegenüber einer Fusion beider Hochschulen vorzugswürdig. Die Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg soll an die Tradition der beiden Hochschulen in der Region anknüpfen und die bisherigen Standorte Cottbus-Mitte, Cottbus-Sachsendorf und Senftenberg umfassen.

Zu Absatz 2

Ungeachtet der Notwendigkeit ihrer Neuordnung und Neuausrichtung werden die an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) bestehenden Fakultäten, Einrichtungen und Studiengänge in die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg überführt, da alle eingeschriebenen Studierenden die Gelegenheit erhalten sollen, ihr Studium unmittelbar an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg fortzusetzen und im Rahmen der Studien- und Prüfungsordnungen zu beenden. Die sinngemäße Fortgeltung der Studien- und Prüfungsordnungen und sonstigen Ordnungen dient demselben Zweck und gewährleistet eine kontinuierliche Weiterführung des Hochschulbetriebs.

Zu Absatz 3

Die Verwaltungen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) bilden die Hochschulverwaltung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Diese gesetzliche Anordnung ist sinnvoll, da die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg auf diesen beiden Hochschulen aufbaut und als Standorte Cottbus-Mitte, Cottbus-Sachsendorf und Senftenberg beibehält. Hinzu kommt gerade in der Gründungs- und Neuordnungsphase bei fortlaufendem Hochschulbetrieb ein erheblich erhöhter Aufwand. Für die Leitung der Hochschulverwaltung durch die Kanzlerin oder den Kanzler wird in § 10 eine gesonderte Regelung getroffen.

Zu Absatz 4

Soweit nicht mit Rücksicht auf die Gründungsphase, in der sich einerseits so schnell wie möglich eine von allen Mitgliedern der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg getragene funktionsfähige Selbstverwaltung entwickeln, andererseits die Neuordnung und Profilierung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg nach Maßgabe der staatlichen Zielsetzungen der Hochschulentwicklung betrieben werden soll, oder aus Gründen der Typik der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg ein Abweichen vom Brandenburgischen Hochschulgesetz erforderlich ist, gelten für die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg die Vorschriften des Brandenburgischen Hochschulgesetzes. Damit besteht auch das Recht der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, sich über die gesetzliche Bezeichnung hinaus gemäß § 2 Absatz 1 Satz 4 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes in der Grundordnung einen geeigneten Namenszusatz zu geben.

Zu Artikel 1, § 2 Organisatorische Grundeinheiten

Zu Absatz 1

Die Neuordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg und ihrer organisatorischen Grundeinheiten soll unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Kommission zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz in der Fassung des Abschlussberichts der Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg erfolgen, ohne eine abschließende Regelung zu treffen oder die organisatorischen Grundeinheiten im Einzelnen vorzugeben. Bei der Überleitung der bis zum 30. Juni 2013 an der Brandenburgischen Technischen

Universität Cottbus und an der Hochschule Lausitz (FH) bestehenden zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen an die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg sind bei der Würdigung der Ergebnisse der Kommission zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz sowie der Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg insbesondere die fachliche Notwendigkeit für die Vermittlung von Grundlagen für das am 30. Juni 2013 bestehende Studienangebot an beiden Hochschulen sowie der Verfassungsauftrag der Zusammenarbeit mit dem polnischen Nachbarn in Artikel 2 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg zu berücksichtigen (vgl. zum Beispiel die Bedeutung des Zentrums für Rechts- und Verwaltungswissenschaften für die Vermittlung rechtlicher Grundlagen für ein Vielzahl von Fächern an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus sowie für die polnische Zusammenarbeit).

Bei ihrer Neuordnung soll die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg in Anlehnung an die Empfehlungen organisatorische Grundeinheiten für ein stärker anwendungsbezogenes und solche, für ein stärker theoriegeleitetes Angebot in Forschung und Lehre einrichten sowie solche, die miteinander verschränkte Elemente aufweisen. In den Fakultätsgruppen sollen dadurch die hochschultypischen Charaktere der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) erhalten und durch die Empfehlungen gestärkt werden. Die Lausitz-Kommission empfiehlt folgende Fakultätsstruktur, wobei die Nummern 1 bis 3 die Fakultäten der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, die Nummern 4 bis 6 die Fakultäten der Hochschule Lausitz (FH) und die Nummern 7 und 8 die gemeinsamen Fakultäten darstellen:

1. Energie- und Umwelttechnik: Das Institut für Energietechnik sollte nach den Empfehlungen der Kommission den Kern des Themenschwerpunkts „Energie“ der künftigen Fakultät bilden. Kern des Themenkomplexes „Umwelt“ sollen die Lehrstühle „Bodenschutz und Rekultivierung“, „Gewässerschutz“ und „Hydrologie und Wasserressourcenbewirtschaftung“ sein. Das Bindeglied sollte aus der Umwelt- und Verfahrenstechnik entwickelt werden, wobei ein neuer Schwerpunkt im Bereich der Erneuerbaren Energien aufgebaut werden sollte.

2. Informationstechnologien und Mathematik: In dieser Fakultät sollten die Mathematik, die Informatik sowie die Informations- und Medientechnik der bisherigen Fakultät 1 mit der Elektronik und der Informationstechnik der bisherigen Fakultät 3 zusammengefasst werden. Die Mathematik sollte durch den Bereich Technomathematik, Modellierung und Simulation gestärkt werden.

3. Maschinenbau und Materialwissenschaften: Diese Fakultät sollte aus den Instituten für Verkehrstechnik sowie Werkstoff- und Produktionsforschung bestehen und durch die materialwissenschaftlich ausgerichteten Lehrstühle der Physik verstärkt werden.

4. Ingenieurwissenschaften und Informatik.

5. Biotechnologie und Chemische Verfahrenstechnik: Basis sollte die aktuelle Fakultät für Naturwissenschaften sein. Die bisherige Bezeichnung kann anhand der disziplinären Ausrichtung der vorhandenen Professuren nach Auffassung der Kommission nicht überzeugen. Mit der neu vorgeschlagenen Bezeichnung soll die herausragende Stellung der Biotechnologie an der Hochschule Lausitz (FH) betont werden.

6. Gesundheits- und Sozialwesen: Basis für die neu zu schaffende Fakultät sind das Sozialwesen und das Fachgebiet Musikpädagogik. Unterstützt wird zudem die Idee, weitere fachliche Schwerpunkte im Bereich Medizinpädagogik/Pflegepädagogik, Gesundheitsmanagement/ Pflegemanagement sowie Gesundheits- und Pflegewissenschaft aufzubauen.

7. Architektur und Bauingenieurwesen (Lausitz Gilly School of Architecture and Civil Engineering): In dieser Fakultät sollen die Bereiche Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung erhalten und gestärkt werden. Die Stärke und Alleinstellung der bisherigen Fakultät 2 der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus mit ihrem „Cottbuser Modell“, das auf einer engen Verzahnung der drei beteiligten Fachgebiete beruht, sollte weiter ausgebaut werden. Die bisherige Zusammenarbeit im David-Gilly-Institut umfasst bislang nur das Bauingenieurwesen und ist damit nicht weitgehend genug. Die Konzentration auf das Bauingenieurwesen gefährdet nach Auffassung der Kommission die Cottbuser Alleinstellungsmerkmale.

8. Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsingenieurwesen (Lausitz Business School): Im Bereich des Wirtschaftsingenieurwesens haben beide Hochschulen nach Auffassung der Kommission je eigene Stärken entwickelt, die es auch in einer gemeinsamen Fakultät zu erhalten gilt. Anders sieht es im Bereich der Betriebswirtschaftslehre aus, die nach herrschender Meinung eine angewandte Wissenschaft ist, die sich anspruchsvoller Methoden nicht nur bedienen kann, sondern muss, um wohl begründete Handlungsempfehlungen formulieren zu können. Hier erscheint die bisherige Abgrenzung zwischen beiden Hochschulen künstlich und unnötig.

Abweichungen sind im Rahmen der staatlichen Zielsetzungen der Hochschulentwicklung möglich. Die Zeitschiene für die Neuordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg ergibt sich aus § 13.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift eröffnet der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg die Option, die Forschung, die Lehre sowie den Praxis- und Anwendungsbezug als Profilmerkmale der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg durch eine fächerübergreifende Zuordnung der Studiengänge nach Ausbildungsetappen zu starken sichtbaren Einheiten zu entwickeln. Abweichend von der herkömmlichen Fachbereichs- oder Fakultätsstruktur ermöglicht es § 2 Absatz 2, eine School-Struktur nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2 bis 4 zu etablieren. In diesem Fall wären die Undergraduate School, die Professional School und die Graduate Research School die organisatorischen Grundeinheiten der Universität für Lehre und Forschung. Die Schools würden in dieser Struktur nicht zur Unterstützung der Aufgabenerfüllung in Lehre, Forschung, Studium und Weiterbildung und ergänzend zur Umsetzung der Ziele aus dem Bologna-Prozess wirksam, sondern in ihnen vollzogen sich Lehre und Forschung. In der Undergraduate School würden alle Bachelorprogramme der Hochschule angeboten, in der Professional School könnten weiterbildende und anwendungsorientierte Masterprogramme angeboten werden, während die Graduate Research School den Schwerpunkt bei den forschungsorientierten Masterstudiengängen, theorie- und anwendungsbezogenen Promotionsstudiengängen und bei Fast-Track-

Programmen haben könnte. Für den Fall, dass sich die Hochschule entscheidet, die Option in Absatz 2 zu wählen, gilt:

Zu Absatz 2 Nummer 1

Die Schools würden in diesem Fall die Aufgaben, die sich aus dem Bologna-Prozess ergeben und ihnen auf der Grundlage des § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 4 zugewiesen sind, fachgebietsübergreifend ebenfalls übernehmen. Innerhalb der Schools bildeten sich fachbezogene Strukturen. Jedoch muss die Anwendbarkeit von § 69 Absatz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz ausgeschlossen werden, weil sich die Schools nicht fach-, sondern aufgaben- bzw. ausbildungsbezogen voneinander abgrenzen.

Das Nähere ist in der Grundordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zu bestimmen. In ihr müsste sich eine sorgfältige Abwägung widerspiegeln, durch welche School und unter welchen internen fachlichen Beteiligungen die vom Brandenburgischen Hochschulgesetz den Fachbereichen und ihren Organen zugewiesenen Aufgaben ausgeübt würden.

Der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg steht es frei, ob und wann sie von der Option des Absatzes 2 Gebrauch macht; sie kann dies gegebenenfalls in einer frühen Phase der Neuordnung tun; ebenso besteht jedoch die Möglichkeit, die zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen nach § 3 Absatz 1 schrittweise dahin fortzuentwickeln.

Zu Absatz 2 Nummer 2

Die dezentrale Hochschulorganisation orientiert sich an den Vorgaben des Brandenburgischen Hochschulgesetzes. Jede School wird mithin von einer Dekanin oder einem Dekan geleitet. Mit Blick auf Größe, Aufgabenzuschnitt und Bedeutung der Schools kann dabei insbesondere § 71 Absatz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz praktische Relevanz gewinnen und in der Grundordnung vorgesehen werden, dass das Amt der Dekanin oder des Dekans hauptberuflich wahrgenommen wird. Neben die Dekanin oder den Dekan tritt mindestens ein weiteres Organ auf der dezentralen Hochschulebene, und zwar ein von den Mitgliedern und Angehörigen gewähltes Kollegialorgan, das über die Dekanin oder den Dekan Aufsicht führt und dazu ein umfassendes Informationsrecht hat. In der Grundordnung kann für die Leiterin oder den Leiter der Schools eine andere Bezeichnung als die einer Dekanin oder eines Dekans bestimmt werden.

Zu Absatz 2 Nummer 3

Die Mitglieder der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg üben ihre Rechte, d.h. insbesondere ihr Wahlrecht in der Undergraduate School als Grundentität und zusätzlich in mindestens einer weiteren School aus. Ausgenommen sind Studierende, die ausschließlich in der Undergraduate School tätig werden, weil sie hier ihr Bachelorstudium absolvieren und Promotionsstudierende, die ausschließlich in der Graduate Research School tätig werden. Das Nähere zur Ausübung der Mitgliedschaftsrechte regelt auch insoweit die Grundordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Sie soll zur Qualitätssicherung für die Zugehörigkeit von Hochschullehrern zur Graduate Research School Mindestqualifikationen vorsehen, die auf die gesetzlichen Einstellungs Voraussetzungen nach § 39 Absatz 1 Nummer 4

Buchstabe a Brandenburgisches Hochschulgesetz, die Berufung auf eine Forschungsprofessur, oder adäquate weitere wissenschaftliche Qualifikationen abstellen können.

Zu Absatz 2 Nummer 4

Der Erlass von Promotions- und Habilitationsordnungen fällt aufgabenbezogen in die Zuständigkeit der Graduate Research School, die vor der Beschlussfassung das Benehmen mit den anderen beiden Schools herstellt. Es bedarf mithin nicht des Einvernehmens zwischen den Schools, jedoch muss die Graduate Research School den anderen beiden Schools Gelegenheit zur Stellungnahme geben und sich mit deren Stellungnahmen inhaltlich mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung auseinandersetzen.

Zu Absatz 2 Nummer 5

Die Vorschrift trifft eine notwendige Sonderregelung für die Entscheidung über die Bewährung einer Juniorprofessorin oder eines Juniorprofessors.

Zu Absatz 2 Nummer 6

Das Gesetz ordnet abweichend von § 38 Absatz 2 Satz 4 Brandenburgisches Hochschulgesetz ausdrücklich an, dass in Kommissionen zur Berufung von Hochschullehrern stets mindestens ein Mitglied der Gruppe der Hochschullehrer aus der Graduate Research School kommen muss, damit sichergestellt ist, dass die Belange exzellenter Forschung in der Berufungskommission hinreichend vertreten werden.

Zu Artikel 1, § 3 Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen

Zu Absatz 1

An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg werden vier zentrale wissenschaftliche Einrichtungen im Sinne des § 72 Brandenburgisches Hochschulgesetz gebildet, die in den Nummern 1 bis 4 aufgeführt sind. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Die Hochschule kann nach Maßgabe des § 72 Brandenburgisches Hochschulgesetz weitere wissenschaftliche Einrichtungen bilden bzw. vorhandene wissenschaftliche Einrichtungen weiterführen. Die zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen nach § 3 haben hingegen eine spezielle, dem Konzept der neuen Universität dienende Funktion und werden deswegen ausdrücklich geregelt. Sie unterstützen die Aufgabenerfüllung im Bereich von Lehre, Forschung, Studium und Weiterbildung und fördern die Umsetzung des Bologna-Prozesses und die Profilbildung der Hochschule. Die Aufgaben der Hochschulen haben sich durch die weitreichenden Zielsetzungen des Bologna-Prozesses, einen einheitlichen europäischen Hochschulraum mit vergleichbaren Abschlüssen in einer gestuften Studienstruktur zu schaffen, konkretisiert und ausdifferenziert. Die Hochschulen müssen, um konkurrenz- und international anschlussfähig zu werden bzw. zu bleiben:

1. begabte Studierende auf eine wissenschaftliche Karriere vorbereiten;
2. für eine breite Wissensgrundlage sorgen, aber auch auf den Arbeitsmarkt vorbereiten - dabei soll in einem europäischen Hochschulraum die Berufsqualifizie-

rung und die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen stärker in den Fokus gerückt werden;

3. die Vergleichbarkeit von Studien- und Prüfungsleistungen gewährleisten;
4. europäische Qualitätsstandards in ihren Studiengängen beachten und durch Akkreditierungsagenturen bestätigen lassen;
5. die Anerkennung von Studienleistungen im In- und Ausland sicherstellen und fördern;
6. die Mobilität ihrer Studierenden und des Personals steigern, um das vorhandene Wissenspotenzial besser auszuschöpfen, Mobilitätshemmnisse abbauen, flexible Curricula während des Bachelor-Studiums schaffen;
7. eine stärkere Internationalisierung und internationale Anschlussfähigkeit mit gelebten internationalen Hochschulkooperationen schon im Bachelorbereich anstreben;
8. die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung erhöhen und schließlich
9. das Lebenslange Lernen durch Schaffung flexibler Studienangebote im Hochschulbereich (Weiterbildungsangebote, berufsbegleitende Angebote, berufsbezogene Angebote) fördern und Verfahren für die Anerkennung früher, auch außerhalb der Hochschule erworbener Kenntnisse entwickeln.

Die zusätzliche Bewältigung dieser Aufgaben in den Fakultäten führt zu einer stärkeren Belastung der Lehrenden. Hochschulinterne Einrichtungen (z.B. Akademisches Auslandsamt, Career Center, Gründungsservice) beschäftigen sich zumeist mit Einzelaspekten im Sinne der o.g. Aufgaben. Ihr Angebot ist nicht immer konsequent auf die gestufte Studienstruktur abgestimmt, auch ist die Abstimmung mit den Fakultäten sowie die Einbeziehung der Angebote in das Studium und in den Studienablauf bisher nicht immer hinreichend gewährleistet.

Mit Bildung der in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4 genannten Einrichtungen sollen die Hochschulstrukturen an die Bedarfe angepasst werden, die sich aus der Bologna-Reform ergeben. Die in § 3 Brandenburgisches Hochschulgesetz genannten Aufgaben werden ergänzt, nicht dagegen verengt oder ersetzt. Die Einrichtungen fördern den Studienerfolg der Studierenden, die Berufsqualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie die Verbindung der Forschung mit der internationalen Forschungs- und Wissensgemeinschaft.

Sie unterstützen zugleich die Profilbildung und -vermittlung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg insbesondere im Rahmen der Programmschwerpunkte. Die Einrichtungen bieten Vernetzungs-, Service- und Qualifizierungsangebote und die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen an, um die Zielsetzungen zu erreichen. Die staatlichen Zielsetzungen der Hochschulentwicklung sehen für die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg die Programmschwerpunkte Energie, Umwelt und Mensch vor. Zur Profilbildung und -vermittlung können in jeder School als Qualifizierungsangebote

z.B. kombinierbare Module vorgehalten werden. Die Profilbildung in den Schools erfolgt fakultätsübergreifend.

Die wissenschaftlichen Einrichtungen unterliegen als zentrale Einrichtungen der Verantwortung der (Gründungs-)Präsidentin oder des (Gründungs-)Präsidenten. Sie wirken zu den organisatorischen Grundeinheiten mit ihren Angeboten ergänzend und nicht ersetzend. Die Schools und das College werden als zentrale wissenschaftliche Einrichtungen gemäß § 72 Absatz 5 Brandenburgisches Hochschulgesetz von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer oder mehreren Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern geleitet. Die Hochschullehrerin oder der Hochschullehrer oder die Hochschullehrerinnen oder die Hochschullehrer werden von einem Beirat unterstützt, der mit externen Expertinnen oder Experten besetzt ist. Dabei sind die Zielgruppen und die Zielsetzung des College und der Schools besonders zu berücksichtigen. Im College sollte unter anderem eine Expertin oder ein Experte der Schulen und der Stadt/dem Landkreis im Beirat vertreten sein. In der Undergraduate School sollten unter anderem internationale Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler oder Hochschulvertreterinnen oder Hochschulvertreter sowie je eine Vertreterin oder ein Vertreter der organisatorischen Grundeinheiten vertreten sein. In der Professional School sollten unter anderem Vertreterinnen oder Vertreter der regionalen und überregionalen Wirtschaft vertreten sein. In der Graduate Research School sollten unter anderem ausländische Forscherinnen oder Forscher sowie Vertreterinnen oder Vertreter außeruniversitärer Forschungseinrichtungen vertreten sein. Das Nähere zur Organisation, zur Arbeitsweise, zur Zusammenarbeit mit den Fakultäten und zu möglichen in den Schools zu erlangenden Abschlüssen regelt das zuständige Organ der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg durch Satzung

Zu Absatz 2

Die Kommission zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz hat in ihren Empfehlungen herausgearbeitet, dass die Gewinnung Studierender aus der Region, aus anderen Bundesländern sowie von ausländischen Studienbewerberinnen und -bewerbern für die Zukunft der Hochschulen in der Lausitz wesentlich ist. Die Zahl der Studienabbrecherinnen und -abbrecher ist bislang zu hoch und soll verringert, die Studiereneigung soll erhöht und geschlechterspezifische Präferenzen bei der Studienfachwahl sollen abgebaut werden. Die Lausitz-Kommission schlägt hierzu die Einrichtung eines Zentrums für Studierendengewinnung und Studienvorbereitung vor.

Neben der Vermittlung des Profils zählt zu den Aufgaben des College die Förderung des Studienerfolgs und die Verbesserung der Studierfähigkeit von Studieninteressierten, Bewerberinnen und Bewerbern sowie Schülerinnen und Schülern, die sich an der Schnittstelle zwischen Schule und Hochschule befinden. Es fördert die Studierneigung insbesondere in technischen Studiengängen oder von Bewerberinnen und Bewerbern aus bildungsfernen Gruppen und die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und tertiärer Bildung.

Als geeignete Vernetzungs-, Service- und Qualifizierungsangebote kommen z.B. Angebote in Betracht, die mit der Schulseite gemeinsam erarbeitet und umgesetzt werden, Programme zur strukturierten Studieneingangsphase, Brücken- und Aufbaukurse und Programme für ausländische Bewerber (z.B. Eingliederungsprogramme, Sprachkurse). Im College sollen zudem Schlüsselkompetenzen vermittelt

werden, die die Studierfähigkeit stärken. Als geeignete Qualifizierungsmaßnahmen kommen z.B. Kurse oder Modulprogramme in Betracht zu den Grundlagen der Rechartechnik, der Methodenlehre im Bereich des akademischen Lernens, des selbständigen wissenschaftlichen Arbeitens, des Umgangs mit Datenbanken und des interdisziplinären Projektstudiums. Darüber hinaus könnte ein Mentoringprogramm zur Orientierung an der Hochschule in der Studieneingangsphase dienen.

Zur Vermittlung des Profils kommen z.B. Veranstaltungsformate zur Einführung in die Programmschwerpunkte in Frage.

Zu Absatz 3

Die Undergraduate School richtet sich mit ihrem Angebot an alle Studierenden in Bachelorstudiengängen. Sie fördert die Internationalität und die Interdisziplinarität des Studiums, die Anerkennung von Leistungen und die Mobilität der Studierenden, die bislang auf Bachelorebene an den Hochschulen in der Lausitz nur unzureichend gegeben ist. Eine wesentliche Kritik an der Umsetzung der Bologna-Reformen ist es bislang, dass nach der Absolvierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthalts die Anerkennung von Leistungen an der Heimathochschule schwierig ist. Die Lissabon-Konvention wird an den Hochschulen in der Lausitz bislang nur unzureichend umgesetzt. Dadurch wird die Mobilität der Studierenden eingeschränkt. Als fakultätsübergreifendes Serviceangebot für die Fakultäten sollen daher in der Undergraduate School z.B. fachlich relevante internationale Hochschulkooperationen und sog. Partnerschafts-Agreements abgeschlossen werden, die die Anerkennung von Studienleistungen im Bachelorstudium bei einem Austausch erhöhen und einheitlichen Qualitätsstandards genügen. Darüber hinaus kommen als fakultätsübergreifende Vernetzungs-, Service und Qualifizierungsangebote insbesondere die programmatische Gestaltung von Mobilitätsfeldern im Rahmen der bestehenden Curricula genauso in Betracht wie die Organisation von Studierenden- und Lehrendenaustauschen sowie Gastwissenschaftlerprogramme.

Die Undergraduate School fördert die Vermittlung notwendiger Schlüsselkompetenzen im Bachelorbereich. Als fakultätsübergreifende Vernetzungs-, Service- und Qualifizierungsangebote erscheinen z.B. Kurse zum wissenschaftlichen Arbeiten, zu Präsentationstechniken, zum Umgang mit neuen Medien, zu Moderation, Mediation und Rhetorik geeignet.

Zur Unterstützung der Profilbildung kommen z.B. Veranstaltungsformate in den Programmschwerpunkten in Betracht, die dann als Qualifizierungsangebote (z.B. kombinierbare Module) ergänzend zum eigenen Studiengang belegt werden können.

Zu Absatz 4

Die Lausitz-Kommission hat als einen wesentlichen Aspekt für die erfolgreiche Hochschulpolitik in der Region die praxisnahe Verankerung der Hochschulen herausgearbeitet, die insbesondere an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus fächerübergreifend bisher nur unzureichend vorhanden ist und die Gründung einer Professional School gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft vorgeschlagen. An beiden Hochschulen in der Lausitz sind bisher zudem zu weni-

ge Programme für das Lebenslange Lernen vorhanden und müssen daher fächerübergreifend aufgelegt und befördert werden. Auch der Wissenschaftsrat sieht die Notwendigkeit, regionale Bedürfnisse stärker in den Fokus zu rücken und dabei die Hochschulen selbst in der Pflicht, sich stärker als bislang strategisch auf regionale Bedingungen einzustellen. Zugleich geht er davon aus, dass der Weiterbildungsbedarf einer alternden Bevölkerung absehbar ist und dass der fortschreitende Prozess der Verwissenschaftlichung von Gesellschaftsbereichen eine ungebrochene Akademisierung von Berufsfeldern voraussetzt und befördert. Die Professional School soll nach den Vorstellungen des Wissenschaftsrats im Rahmen einer neuen Binnendifferenzierung an Hochschulen "ein anwendungsbezogenes Kompetenzzentrum" bilden, in welchem eine stark berufsbezogene wissenschaftliche Ausbildung angeboten wird.

Die Professional School richtet sich an Berufstätige vor allem aus der regionalen Wirtschaft, berufliche Qualifizierte sowie die interessierte Öffentlichkeit (Lebenslanges Lernen) und adressiert ihr Angebot in der Hochschule in erster Linie an alle Studierenden in Studiengängen mit einem ausgewiesenen anwendungsbezogenen Profil sowie in weiterbildenden Masterstudiengängen.

Die Professional School fördert die Berufsqualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit der Studierenden und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt, den Praxisbezug des Studiums und die Verankerung der Hochschule in der Region. Die Professional School erarbeitet mit Vertreterinnen und Vertretern der regionalen, überregionalen und ggf. internationalen Wirtschaft und an Bedarfen orientiert z.B. Kursangebote, Module oder in Kooperation mit einer oder mehrerer Fakultäten anwendungsorientierte Bachelor- und Master- oder weiterbildende Masterstudiengänge. Durch die Angebote sollen Kompetenzen und Kenntnisse vermittelt werden, die für eine Tätigkeit in der Wirtschaft erforderlich sind.

Als fakultätsübergreifende Vernetzungs- und Serviceangebote kommen z.B. die Entwicklung von Verfahren für die Anerkennung außerhalb der Hochschule erworbener Kenntnisse, die Vermittlung von Praktika und Stellen, aber auch die Betreuung bei der Erarbeitung von Businessplänen und die Begleitung von Existenzgründungen sowie das Angebot von Existenzgründungsseminaren und Veranstaltungen mit der Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft in Frage.

Die Professional School fördert daneben die Vermittlung berufsfeldbezogener Schlüsselkompetenzen. Als berufsfeldbezogene Schlüsselkompetenzen kommen z.B. Managementfähigkeiten in Betracht.

Zur Unterstützung der Profilbildung kommen z.B. Veranstaltungsformate mit besonderem Berufsfeldbezug insbesondere in den Programmschwerpunkten in Betracht, die dann als Qualifizierungsangebote (z.B. kombinierbare Module) ergänzend zum eigenen Studiengang belegt werden können.

Zu Absatz 5

Die Kommission hat die Einrichtung eines Doktorandenkollegs unterstützt und die Chance für stärkere interdisziplinäre Ansätze auch hochschultypübergreifend positiv bewertet. Die Einrichtung einer Graduate Research School setzt darauf auf und trägt dem Umstand Rechnung, dass die Brandenburgische Technische Universität Cottbus bislang nicht Mitglied der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist und in

der Forschungsstärke eine starke Spreizung aufweist. Sie dient der Bologna-Zielsetzung, die strukturierte Promotionsphase als dritte Stufe des gestuften Systems zu integrieren und die Verbindung des Europäischen Hochschulraums und des Europäischen Forschungsraums durch Spitzenforschung zu verbessern.

Die Graduate Research School adressiert ihr Angebot an Promovendinnen und Promovenden, Forschende und an Studierende in Masterstudiengängen mit einem „stärker forschungsorientierten“ Profil oder Promotionswillige in „stärker anwendungsorientierten“ Studiengängen. Sie fördert das interdisziplinäre und international ausgerichtete Arbeiten und Forschen, die strukturierte Promotionsphase und die Verbindung des internationalen und insbesondere Europäischen Hochschulraums durch Spitzenforschung.

Die Graduate Research School soll in enger Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen Promotionsstudierenden und Forschenden einen Forschungsrahmen mit hervorragender Forschungsinfrastruktur in einem optimalen Umfeld bieten. Als geeignete Maßnahmen, um das interdisziplinäre und international ausgerichtete Arbeiten und Forschen zu ermöglichen, kommen z.B. das Einwerben von Graduiertenkollegs/Drittmitteln durch verschiedene Fachvertreter im Verbund mit interdisziplinärem Anspruch in Frage.

Die Graduate Research School fördert die Vermittlung forschungsbezogener Schlüsselkompetenzen. Für Promovierende, aber auch für Studierende in einem Masterstudium können z.B. Kursmodule zur Stärkung persönlicher sowie methodischer Kompetenz und insbesondere zum wissenschaftlichen Schreiben, zur Beantragung von Drittmitteln, zur Planung und Umsetzung von Forschungsprojekten angeboten werden.

Zur Unterstützung der Profilbildung kommen z.B. Veranstaltungsformate mit besonderem Forschungsbezug in den Programmschwerpunkten in Betracht, die dann als Qualifizierungsangebote (z.B. kombinierbare Module) ergänzend zum eigenen Studiengang belegt werden können.

Für die Absolventen aus den Fachhochschulstudiengängen ist mit der Graduate Research School die Chance verbunden, an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zu promovieren.

Zu Absatz 6

Die Aufnahme von Qualifizierungsangeboten der Einrichtungen in die Studien- und Prüfungsordnungen in geeigneter Weise und in geeignetem Umfang erhöht die Beteiligung von Studierenden sowie die Akzeptanz der Schools bei den Lehrenden. Für eine möglichst effektive Gestaltung der Angebote sind den Einrichtungen angemessene Mittel und Personal zuzuweisen. Für die Undergraduate School können z.B. auch Lehraufträge an internationale Wissenschaftler und Forscher, in der Professional School an Vertreter der Praxis und in der Graduate Research School an Vertreter der außeruniversitären und internationalen Forschung vergeben werden.

Zu Artikel 1, § 4 Hochschulzugang

Mit der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg sind gemäß § 1 Absatz 2 die Studiengänge der Brandenburgischen

Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) an die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg überführt worden. An der Hochschule Lausitz (FH) wurden bis zum 30. Juni 2013 Studiengänge angeboten, die die Fachhochschulreife als Hochschulzugangsberechtigung voraussetzen. Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg bietet auch zukünftig Fachhochschulstudiengänge bzw. Studiengänge an, in die sich Studierende mit der Fachhochschulreife und Studierende mit der Allgemeinen Hochschulreife immatrikulieren können. Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg legt gemäß Nummer 1 entsprechend dem Profil der Studiengänge per Satzung fest, ob zum Studium in einem Studiengang die Fachhochschulreife als Zugangsvoraussetzung ausreichend ist. Dabei berücksichtigt sie das Profil des Studiengangs dahin gehend, ob es sich um einen Bachelorstudiengang mit universitärem Charakter oder um einen solchen mit Fachhochschulcharakter handelt.

Nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 soll in Studiengängen, die bis zum 30. Juni 2013 an der Hochschule Lausitz (FH) angeboten wurden und an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg fortgeführt werden, die Fachhochschulreife als Hochschulzugangsberechtigung genügen. Die sich auf sie beziehenden Studien- und Prüfungsordnungen und sonstigen Ordnungen gelten gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 bis zum Erlass neuer Ordnungen sinngemäß als Ordnungen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg weiter.

Zu Artikel 1, § 5 Hochschulpersonal. Studierende, korporationsrechtliche Stellung

Zu Absatz 1

Das Personal, einschließlich der Auszubildenden, welches bis zum 30. Juni 2013 an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und an der Hochschule Lausitz (FH) beschäftigt war, wird qua Gesetz unter Verbleib im Landesdienst in die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg übernommen, außer wenn das Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis mit diesem Datum endet.

Zu Absatz 2

Für das nebenberufliche wissenschaftliche und künstlerische Personal, das nicht in einem Beamten- oder vertraglichen Dienstverhältnis zum Land steht, also insbesondere für die Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, wird eine entsprechende Regelung getroffen.

Zu Absatz 3

Auch für die immatrikulierten Studierenden, Juniorstudierenden, Promotionsstudierenden, Zweithörerinnen und Zweithörer sowie Gasthörerinnen und Gasthörer erfolgt die Übernahme in die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg unmittelbar durch Gesetz, ohne dass es dazu einer Antragstellung bedarf.

Zu Absatz 4

Die bisherigen Hochschulmitglieder und –angehörigen und Funktionsträgerinnen und Funktionsträger behalten ihre korporationsrechtliche Stellung innerhalb der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, d.h. sie behalten ihre Rechte und Pflichten, die sich für die unterschiedlichen Mitglieder und Angehörigen gerade aus ihrer Stellung als Mitglied oder Angehörige oder Angehöriger der Hochschule ergeben, soweit sich aus diesem Gesetz nichts Abweichendes ergibt.

Zu Artikel 1, § 6 Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal

Zu Absatz 1

Mit der Fortführung des Studienbetriebs der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) durch die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg ergibt sich die Notwendigkeit, dass die übergeleiteten Lehrpersonen (§ 1 Lehrverpflichtungsverordnung) ihre bisherigen Dienstaufgaben in – jedenfalls zunächst – unverändertem Umfang wahrnehmen. Demgemäß sind für die aus der Hochschule Lausitz (FH) kommenden Bediensteten maßgeblich die Vorschriften der Lehrverpflichtungsverordnung zur Lehrverpflichtung an Fachhochschulen. In Artikel 4 dieses Gesetzes zur Änderung der Lehrverpflichtungsverordnung werden dazu besondere Bestimmungen getroffen.

Die allgemeine Regelung der dienstrechtlichen Aufgaben der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer in § 40 Brandenburgisches Hochschulgesetz, insbesondere dessen Absatz 3 Satz 2 werden durch die Vorschrift nicht berührt.

Zu Absatz 2

In Absatz 2 wird eine Bestimmung zur möglichen Übertragung von Aufgaben und Ämtern von Professorinnen und Professoren für andere als anwendungsbezogene Studiengänge im Sinne des § 39 Absatz 3 Satz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz (Professorinnen und Professoren, die traditionell an Universitäten lehren) auf Professorinnen und Professoren für anwendungsbezogene Studiengänge im Sinne des § 39 Absatz 3 Satz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz (Professorinnen und Professoren, die traditionell an einer Fachhochschule lehren) getroffen. Da die gesetzlichen Voraussetzungen und Qualifikationsanforderungen unterschiedlich sind, können den Professorinnen und Professoren für anwendungsbezogene Studiengänge nicht allein auf Antrag Ämter von Professorinnen und Professoren für andere als anwendungsbezogene Studiengänge übertragen werden.

Die Evaluation der Hochschule Lausitz (FH) hat ergeben, dass es dort Forschung und Lehre auf universitärem Niveau gibt. Schon deswegen besteht auch praktischer Bedarf an einer Bestimmung, die die Voraussetzungen und das Verfahren regelt, wie Professorinnen oder Professoren für anwendungsbezogene Studiengänge eine Professur für andere als anwendungsbezogene Studiengänge übertragen werden kann. Das Gesetz knüpft dazu ausnahmslos an die Voraussetzungen des § 39 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 Buchstabe a Brandenburgisches Hochschulgesetz an und macht zur weiteren Tatbestandsvoraussetzung für eine Übertragung, dass nach dem Struktur- und Entwicklungsplan der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg gemäß § 3 Absatz 2 Brandenburi-

sches Hochschulgesetz ein entsprechender Bedarf besteht. Liegen diese Voraussetzungen vor, so steht es im Ermessen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, im Rahmen eines qualitätssichernden Verfahrens die Berufbarkeit der Professorin oder des Professors für anwendungsbezogene Studiengänge auf eine Professur für andere als anwendungsbezogene Studiengänge nicht nur in formeller, sondern auch in materieller Hinsicht zu prüfen und bei positivem Abschluss die Funktionsübertragung vorzunehmen.

Die Feststellung über das Vorliegen der Voraussetzungen trifft die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident bzw. später die Präsidentin oder der Präsident auf Vorschlag des nach der Grundordnung zuständigen Organs. In diesem Organ müssen Professoren, die die Einstellungsvoraussetzungen nach § 39 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a Brandenburgisches Hochschulgesetz erfüllen, und Juniorprofessoren, die sich nach den einschlägigen Bestimmungen des Brandenburgischen Hochschulgesetzes bewährt haben, gemäß § 59 Absatz 1 letzter Satz Brandenburgisches Hochschulgesetz über die Mehrheit der Stimmen verfügen. Diese Mehrheit kann auch durch einen geeigneten Abstimmungsmodus sichergestellt werden. In die Entscheidung sind durch das nach der Grundordnung zuständige Organ mindestens zwei externe Gutachterinnen oder Gutacher einzubeziehen, die ihrerseits über die Einstellungsvoraussetzungen nach § 39 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a Brandenburgisches Hochschulgesetz verfügen. Damit wird die Entscheidung auf eine fachlich fundierte Grundlage gestellt, ohne dass es der Durchführung eines vollständigen Berufungsverfahrens bedarf. Die durch Satzung der Hochschule festzulegenden allgemeinen Bestimmungen, das Antrags- und weitere Verfahrensregelungen für die Entscheidung nach § 6 Absatz 2 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, in Abhängigkeit von den Anforderungen der Stelle künftig Lehrpersonen zu Professorinnen oder Professoren berufen werden, die neben den Qualifikationsvoraussetzungen für eine Professorin oder einen Professor für andere als anwendungsbezogene Studiengänge zusätzlich auch die Qualifikationen einer Professorin oder eines Professors für anwendungsbezogene Studiengänge nachweisen müssen. Die dadurch eröffnete Option einer doppelt qualifizierten Professorinnen- und Professorenschaft wirkt der von der Hochschule Lausitz (FH) befürchteten Nachrangigkeit der praxiserprobten Professorinnen und Professoren entgegen. Zudem kann auf diese Weise dem von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus befürchteten Reputationsverlust der Hochschule begegnet werden. Zusätzlich werden je nach Anforderung der Stelle auch Lehrpersonen mit den Aufgaben von Professorinnen oder Professoren für anwendungsbezogene Studiengänge im Sinne des § 39 Absatz 2 Satz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz (Professorinnen und Professoren, die traditionell an Fachhochschulen lehren), berufen. Die Anforderungen der Stelle ergeben sich namentlich aus der Art des Studiengangs bzw. der Studiengänge, in denen die Lehrperson vorrangig lehren soll.

Zu Absatz 4

Absatz 4 flexibilisiert die Regelungen in § 45 Brandenburgisches Hochschulgesetz und soll somit einen möglichst genau auf die Anforderungen der Brandenburgi-

schen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg in Forschung und Lehre abgestimmten Einsatz der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ermöglichen. Die Vorschrift stellt klar, dass an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg sowohl Professuren mit Schwerpunkt in der Lehre für Professorinnen und Professoren für andere als anwendungsbezogene Studiengänge im Sinne des § 39 Absatz 3 Satz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz als auch Professuren mit Schwerpunkt in der Forschung für Professorinnen und Professoren für anwendungsbezogene Studiengänge im Sinne des § 39 Absatz 3 Satz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz eingerichtet werden können. Beide Formen können auch vorübergehend eingerichtet werden. Für die Professuren mit Schwerpunkt in der Forschung ergibt sich dies bereits aus § 45 Absatz 3 Satz 5 Brandenburgisches Hochschulgesetz. Durch eine vorübergehende Einrichtung von Professuren mit Schwerpunkt in der Lehre kann diese eine weitere Alternative zu Lehrbeauftragten nach § 56 Brandenburgisches Hochschulgesetz darstellen.

Im Übrigen gilt § 45 Brandenburgisches Hochschulgesetz.

Zu Artikel 1, § 7 Haushaltsrechtliche Zuweisung der Stellen und Mittel

Die Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg macht eine Zuweisung der bisher der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) zugewiesenen Planstellen, Stellen und Mitteln durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur an die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg erforderlich. Damit ist die nahtlose Fortsetzung des Hochschulbetriebs gesichert.

Zu Artikel 1, § 8 Leitung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg

Zu Absatz 1

Mit Ablauf des 30. Juni 2013 endet die Amtszeit der Präsidenten der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH). Tatsächlich endet die Amtszeit der beiden gegenwärtigen Amtsinhaber bereits zu einem früheren Zeitpunkt, jedoch so nah zum o.g. Zeitpunkt, dass eine Neubestellung nicht erforderlich ist, sondern eine geschäftsführende Fortführung der Amtsgeschäfte oder eine Vertretungsregelung in beiden Fällen ausreichend erscheint.

Zu Absatz 2

Um ein Zusammenwachsen der Mitglieder der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zu einer leistungsfähigen Einheit zu fördern, wird, auch im Interesse zügiger Strukturentscheidungen, die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg in der Gründungsphase von einer Gründungspräsidentin oder einem Gründungspräsidenten geleitet. Dafür soll eine Persönlichkeit von außen gewonnen werden, die schnellstmöglich von der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur bestellt wird. Da in Achtung des Selbstverwaltungsrechts der Universität vor der Bestellung das Einvernehmen mit dem erweiterten Gründungssenat hergestellt werden muss, wird die Bestellung nicht bereits zum Zeitpunkt der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg erfolgen können. Deswegen wird für einen Übergangszeitraum, der so kurz wie möglich bemessen sein soll, eine geeignete Persönlichkeit oder eine geeignete Personenmehrheit von der Ministerin für Wissenschaft,

Forschung und Kultur mit der Leitung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg beauftragt.

Zu Absatz 3

Das Brandenburgische Hochschulgesetz geht davon aus, dass die Präsidentin oder der Präsident einer Hochschule vertreten wird, regelt die Vertretung jedoch nicht abschließend. Eine Option ist die Vertretung durch eine hauptberufliche Vizepräsidentin oder einen hauptberuflichen Vizepräsidenten gemäß § 64 Brandenburgisches Hochschulgesetz. Mit Rücksicht auf die hohen Anforderungen an die Gründungspräsidentin oder den Gründungspräsidenten der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg ist eine stabile und professionelle Vertretung unerlässlich. Die Vertretung durch eine hauptberufliche Vizepräsidentin oder einen hauptberuflichen Vizepräsidenten wird deswegen für die Amtszeit der Gründungspräsidentin oder des Gründungspräsidenten gesetzlich vorgegeben, wobei es vor der Bestellung einer Anhörung des Gründungssenats bedarf.

Zu Artikel 1, § 9 Gründungspräsidentin, Gründungspräsident

Die Vorschrift baut auf § 8 Absatz 2 auf und konkretisiert insbesondere das Verfahren zur Bestellung der Gründungspräsidentin oder des Gründungspräsidenten und regelt ihre oder seine rechtliche Stellung. Gemäß Artikel 3 tritt die Bestimmung vor dem Gesetz im Übrigen in Kraft, um das Verfahren zur Bestellung der Gründungspräsidentin oder des Gründungspräsidenten so frühzeitig einleiten zu können, dass die Bestellung möglichst in dichter zeitlicher Nähe nach Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg erfolgen kann.

Zu Absatz 1

Im Sinne der Bestenauslese ist die Gründungspräsidentschaft öffentlich auszu-schreiben. Eine Findungskommission bewertet die Bewerbungen, führt dazu erforderlichenfalls Vorstellungsgespräche und legt im Ergebnis ihrer Arbeit dem zuständigen Mitglied der Landesregierung einen Personalvorschlag vor. Das zuständige Mitglied der Landesregierung hat den Vorschlag auf seine Eignung und die weiteren gesetzlichen Einstellungs Voraussetzungen zu prüfen und gibt, wenn es einen oder mehrere Bewerber für hinreichend geeignet hält, dem erweiterten Gründungssenat Gelegenheit zur Herstellung des Einvernehmens mit dem Personalvorschlag. Unter Beachtung der Äußerung des erweiterten Gründungssenats entscheidet es alsdann über die Bestellung. Kann das Einvernehmen zwischen dem zuständigen Mitglied der Landesregierung und dem erweiterten Gründungssenat nicht hergestellt werden, so muss eine Bestellung zunächst unterbleiben und die Universität weiterhin von dem oder der oder den Gründungsbeauftragten geleitet werden, bis eine Verständigung gelingt. Der wesentliche Anteil des zuständigen Mitglieds der Landesregierung bei dieser Bestellung ist in der Gründungsphase der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg gerechtfertigt, weil die Universität auf zwei unterschiedlichen Hochschulen mit partiell heterogenen Interessen aufbaut, die im Interesse von Land, Region und Technischer Universität möglichst zügig von einer unbefangenen und herausragend qualifizierten Persönlichkeit zu einer leistungsfähigen Einheit entsprechend den Zielsetzungen der staatlichen Hochschulentwicklung geführt werden soll.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift regelt die Zusammensetzung der Findungskommission und den Vorsitz. Die Wahl ihrer Mitglieder durch die für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten zuständigen Organe der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus bzw. der Hochschule Lausitz (FH) ist vertretbar, weil sich der Personalkörper dieser beiden Hochschulen nicht oder jedenfalls nicht wesentlich von dem Personalkörper der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zum Zeitpunkt ihrer Errichtung unterscheiden wird. Sie ist auch begründet, weil sie dem Zweck dient, so schnell wie möglich eine Gründungspräsidentin oder einen Gründungspräsidenten in das Amt zu bringen.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift regelt das Nähere zum Personalvorschlag der Findungskommission. Dabei trägt sie der besonderen Stellung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer Rechnung, indem sie die Zustimmung der Vertreterinnen und Vertreter dieser Gruppe zum Vorschlag der Findungskommission neben der Mehrheit ihrer Mitglieder verlangt. Ebenso ist die Zustimmung der Vertreterin oder des Vertreters des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderlich, weil die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident in einer besonderen Verantwortung dafür steht, dass die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg die Entwicklung nimmt, die der Entscheidung für ihre Errichtung zugrunde liegt. Die Findungskommission hat die Möglichkeit, auch mehrere, nämlich bis zu drei Personen vorzuschlagen, in der sich die Bandbreite der Auffassungen innerhalb der Findungskommission widerspiegeln kann, solange der Vorrang der Eignung gewahrt bleibt.

Zu Absatz 4

Die Vorschrift regelt die Einstellungsvoraussetzungen für die Gründungspräsidentin oder den Gründungspräsidenten unter Verweis auf § 63 Absatz 3 Brandenburgisches Hochschulgesetz und ergänzt diese dahin gehend, dass vorzugsweise eine externe Persönlichkeit gewonnen werden soll, die nicht der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus oder der Hochschule Lausitz (FH) mit ihren spezifischen Interessen zugeordnet wird und deswegen leichter Akzeptanz, Zustimmung und Vertrauen aller Mitglieder der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg gewinnen kann.

Zu Absatz 5

Da § 63 Brandenburgisches Hochschulgesetz Regelungen zum Präsidenten und nicht zum Gründungspräsidenten trifft und deswegen der Verweis auf die grundsätzliche Anwendung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes in § 1 Absatz 5 nicht ausreichend sein mag, wird vorsorglich § 63 Brandenburgisches Hochschulgesetz explizit für anwendbar erklärt, jedoch mit der Maßgabe, dass die Abwahl gemäß § 63 Absatz 4 Brandenburgisches Hochschulgesetz nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder des nach der Grundordnung zuständigen Hochschulorgans zulässig ist. Denn die Aufbauphase der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg braucht in besonderem Maße Kontinuität in der Person der Gründungspräsidentin oder des Gründungspräsidenten.

Zu Artikel 1, § 10 Kanzlerin, Kanzler

Die Amtszeit des Kanzlers der Hochschule Lausitz (FH) endet zeitnah vor dem Zeitpunkt der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, während die Amtszeit des Kanzlers an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus bis zum 28. Februar 2017 fort dauern würde. Wie alle anderen Landeshochschulen wird auch die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg ab ihrer Errichtung nur eine Kanzlerin oder einen Kanzler haben. Abweichend von § 65 Absatz 2 Satz 1 Brandenburgisches Hochschulgesetz wird die Kanzlerin oder der Kanzler bei Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg nicht von der Gründungspräsidentin oder dem Gründungspräsidenten bestellt, sondern der im Amt befindliche Kanzler der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus übernimmt das entsprechende Amt an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg bis zu dem Zeitpunkt, zu dem seine Amtszeit an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus geendet hätte, also bis zum 28. Februar 2017.

Sofern die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg in ihrer Grundordnung von der Möglichkeit des § 65 Absatz 5 Brandenburgisches Hochschulgesetz Gebrauch machen sollte, wird der Kanzler bis zum vorgenannten Ablauf der Amtszeit zum hauptberuflichen Vizepräsidenten. Eine erneute oder eine neue Bestellung richtet sich nach § 65 Brandenburgisches Hochschulgesetz.

Zu Artikel 1, § 11 Gründungssenat, erweiterter Gründungssenat

Zu Absatz 1

§ 62 Absatz 1 Brandenburgisches Hochschulgesetz gibt als zentrales Hochschulorgan die Präsidentin oder den Präsidenten vor und überlässt es den Grundordnungen der Hochschulen, weitere zentrale Organe zu bestimmen. Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus und die Hochschule Lausitz (FH) kennen übereinstimmend als weiteres zentrales Kollegialorgan den Senat. Da der Fortbestand nebeneinander bestehender zentraler Organe nach der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg nicht sinnvoll wäre, sind diese mit ihrer Errichtung aufgelöst. Es bedarf jedoch schnellstmöglich eines neuen zentralen Kollegialorgans, in dem alle Mitgliedergruppen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg vertreten sind und das insbesondere die Teilhabe der wissenschaftlich Tätigen an den hochschulischen Entscheidungen sicherstellt. Dazu ist bis zum 31. Oktober 2013 ein Gründungssenat von allen Mitgliedern der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zu wählen. Die vier Monate, die dafür ab Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zur Verfügung stehen, sind einerseits ausreichend, um die Wahl zu organisieren und durchzuführen, andererseits aber auch erforderlich, weil das Errichtungsdatum der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg in die vorlesungsfreie Zeit fällt, in der erfahrungsgemäß viele Mitglieder von Hochschulen abwesend sind, jedoch ein hohes Interesse daran besteht, dass idealerweise alle Mitglieder der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg an den Wahlen zum Gründungssenat teilnehmen. Eine kurzfristige Wahl des Gründungssenats ist schließlich auch deswegen geboten, weil von seiner vorherigen Anhörung die Bestellung der Gründungspräsidentin oder des Gründungspräsidenten abhängt. Daneben soll ebenfalls bis zum 31. Oktober 2013 ein erweiter-

ter Gründungssenat gewählt werden. Eine Mitgliedschaft sowohl im Gründungssenat als auch im erweiterten Gründungssenat ist zulässig.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt in Satz 1 die Zusammensetzung des Gründungssenats und in den Sätzen 2 und 3 den Wahlmodus dahin gehend, dass die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die bis zum 30. Juni 2013 solche der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus oder der Hochschule Lausitz (FH) sind, bei dieser ersten Wahl ihre Vertreterinnen und Vertreter im zentralen Kollegialorgan noch getrennt wählen, d.h. diejenigen, die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus waren, die eine Hälfte der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschulen im Gründungssenat wählen und diejenigen, die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an der Hochschule Lausitz (FH) waren, die andere Hälfte. Personen, die erst nach der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg wahlberechtigtes Mitglied in der Mitgliedergruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer geworden sind, können selbst bestimmen, ob sie ihr Wahlrecht in der Gruppe der ehemaligen Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus oder in der Gruppe der ehemaligen Hochschullehrerschaft der Hochschule Lausitz (FH) ausüben wollen. Dies ist vertretbar, weil damit zu rechnen ist, dass im Zeitraum bis zum 31. Oktober 2013 insoweit nur in überschaubarem Umfang mit einem Mitgliederzuwachs zu rechnen ist.

Der vorbeschriebene Wahlmodus ist erforderlich, um die sich besonders in der Hochschullehrerschaft widerspiegelnde, zum Teil unterschiedliche Interessenlage der aus den beiden Hochschulen kommenden Mitglieder auszugleichen und dafür Sorge zu tragen, dass die besonderen Stärken, Qualitäten und Charakteristika der beiden in der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg aufgehenden Hochschulen sich in dieser gleichrangig gerade in der Start- und Gründungsphase wiederfinden. Die vorgesehene Regelung ist vertretbar, weil der Größenunterschied in der Mitgliedergruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nicht gravierend ist.

Zu Absatz 3

Satz 1 regelt die Zusammensetzung des erweiterten Gründungssenats. Für den Wahlmodus der Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer wird auf Absatz 2 Sätze 2 und 3 verwiesen. Mit der geforderten Mindestanzahl an Vertreterinnen oder Vertretern aus der bisherigen Hochschule Lausitz (FH) in den weiteren Mitgliedergruppen soll sichergestellt werden, dass deren Mitglieder im erweiterten Senat in allen Gruppen repräsentiert sind und damit ihre Belange einbringen können.

Zu Absatz 4

Die Wahlordnung ist von der, dem oder den Beauftragten nach § 8 Absatz 2 Satz 2 zu erlassen, da zum maßgeblichen Zeitpunkt eine Gründungspräsidentin oder ein Gründungspräsident und ihre oder seine Vertretung noch nicht bestellt sein kann.

Zu Absatz 5

Die Vorschrift bestimmt, dass der Gründungssenat und der erweiterte Gründungssenat sich jeweils eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden wählt, die oder der Mitglied des Gründungssenats bzw. des erweiterten Gründungssenats sein muss. Mit dieser Aufgabe ist naturgemäß die Verpflichtung zur Leitung der Sitzungen und zu ihrer organisatorischen Vor- und Nachbereitung verbunden.

Zu Absatz 6

In der Gründungsphase der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg besteht ein besonderes Interesse an größtmöglicher Transparenz und der Berücksichtigung aller relevanten Belange. Die Vorsitzenden der Personräte und die zentralen Gleichstellungsbeauftragten gehören daher mit beratender Stimme dem Gründungssenat und dem erweiterten Gründungssenat an. Die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident hat gemäß § 9 Absatz 5 Satz 1 in Verbindung mit § 63 Absatz 1 Satz 5 Brandenburgisches Hochschulgesetz Teilnahme-, Rede- und Antragsrecht.

Zu Absatz 7

Die Vorschrift regelt die Amtszeiten des Gründungssenats und des erweiterten Gründungssenats, die mit dem Übergang in die ordentlichen Organisationsstrukturen auf der Grundlage einer neuen Grundordnung und der Wahl und Konstituierung der neuen zentralen Hochschulorgane enden. Die neue Grundordnung ist bis zum 31. Dezember 2014 zu beschließen (§ 14 Absatz 2).

Zu Artikel 1, § 12 Aufgaben des Gründungssenats

Zu Absatz 1 und 2

Die Vorschrift gibt dem Gründungssenat ein umfassendes Informations- und Kontrollrecht gegenüber der Gründungspräsidentin oder dem Gründungspräsidenten bzw. der, dem oder den Beauftragten nach § 8 Absatz 2 Satz 2 und legt die Zuständigkeit des Gründungssenats namentlich in grundsätzlichen Fragen der Lehre, der Forschung und des Studiums und für die Struktur- und Entwicklungsplanung gemäß § 3 Absatz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz fest. Damit wird die Wissenschaftsadäquanz hochschulorganisatorischer Entscheidungen gesichert. Die Entscheidung über die Vorschläge der Fakultäten für die Berufung von Professorinnen und Professoren lässt die Letztentscheidungskompetenz der (Gründungs-)Präsidentin oder des (Gründungs-)Präsidenten nach einer Übertragung des Berufungsrechts unberührt, § 38 Absatz 5 Satz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz. Zudem unterbreitet der Gründungssenat dem erweiterten Gründungssenat einen Vorschlag für eine neue Grundordnung nach § 14 Absatz 2.

Zu Absatz 3

Die Zuständigkeiten des Gründungssenats im Einzelnen ergeben sich aus der Vorläufigen Grundordnung.

Zu Artikel 1, § 13 Neuordnung

Um zügig zu einem leistungsfähigen Gesamtgefüge zu kommen, hat die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg, d.h. Universitätsleitung und Gründungssenat in gemeinsamer Verantwortung innerhalb eines Jahres nach

ihrer Errichtung die erforderlichen Neuordnungsentscheidungen hinsichtlich ihrer organisatorischen Grundeinheiten, der Fächerstruktur, Einrichtungen und Studiengängen sowie der Hochschulverwaltung zu treffen. Für die Neuordnungsentscheidungen maßgeblich sind die Vorgaben dieses Gesetzes, die staatlichen Zielsetzungen der Hochschulentwicklung gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz und die sie ausfüllenden Strukturentscheidungen der Leitung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg und des Gründungssenats. Die Vorschrift bedeutet nicht, dass zum gesetzlich angeordneten Zeitpunkt auch bereits die Neuordnung vollständig vollzogen sein muss oder die Studien- und Prüfungsordnungen für alle Studiengänge erneuert oder angepasst sein müssen. Vielmehr ist insoweit mit einem Aufbau- und Entwicklungsprozess zu rechnen, der mit dem 1. Juli 2014 nicht abgeschlossen sein können wird.

Zu Artikel 1, § 14 Vorläufige Grundordnung, Grundordnung

Zu Absatz 1

Um von Anbeginn die Selbstverwaltung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zu ermöglichen, erlässt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Ermangelung anderer Hochschulorgane, die dazu in der Lage wären, zunächst eine Vorläufige Grundordnung, die sich ihrer Natur entsprechend auf die unbedingt notwendigen Regelungen beschränken und sich dabei an den Grundordnungen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) soweit möglich orientieren wird. Alternativ käme auch die Übernahme und vorläufige Inkraftsetzung einer der beiden bis zum 30. Juni 2013 geltenden Grundordnungen dieser Hochschulen in Betracht. Mit Rücksicht auf deren unterschiedliche Typik ist dies jedoch nicht die vorzuzugs-würdige Lösung. Ausgeschlossen ist die Fortgeltung beider Grundordnungen, weil es anderenfalls an einer einheitlichen und damit sicheren Rechtsgrundlage für die Selbstverwaltung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg fehlte.

Zu Absatz 2

Es ist vordringliche Aufgabe des erweiterten Gründungssenats, auf Vorschlag des Gründungssenats diese Vorläufige Grundordnung möglichst bald, spätestens aber bis zum 31. Dezember 2014 durch eine von ihm erlassene Grundordnung zu ersetzen, auf deren Grundlage alsdann die in dieser Grundordnung vorgesehenen Organe der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, ihre Gremien und Kommissionen und Funktionsträgerinnen und Funktionsträger unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern, zu wählen und zu bestellen sind. Ausgenommen ist die Leitung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, deren Amtszeit in diesem Gesetz abschließend vorgegeben ist.

Zu Absatz 3

Nach § 59 Absatz 1 Satz 6 Brandenburgisches Hochschulgesetz verfügen in Angelegenheiten, die die Entscheidung über Habilitationen, die Berufung von Professorinnen und Professoren oder die Bewährung von Juniorprofessorinnen oder -professoren als Hochschullehrerin oder -lehrer betreffen, die Professorinnen und Professoren und bewährten Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren über die

Mehrheit der Stimmen. In den Organen und Gremien der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg werden jedoch Professorinnen und Professoren für nicht anwendungsbezogene und für anwendungsbezogene Studiengänge gemeinsam entscheiden. Soweit – namentlich bei der Entscheidung über Habilitationen – die Mehrheit einer Teilgruppe der Professorenschaft geboten ist, müssen die Grundordnungen nach den Absätzen 1 und 2 dafür durch geeignete Verfahrensregeln und Abstimmungsmodi das Erforderliche bestimmen.

Zu Artikel 1, § 15 Gleichstellungsbeauftragte

Mit Rücksicht auf die Größe der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, den in der Gründungsphase absehbaren erhöhten Beratungsbedarf in Personalangelegenheiten und die Unterbringung an mehreren Standorten ist die vorübergehende gemeinsame Wahrnehmung der Funktion der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen durch diejenigen Personen sinnvoll und angemessen, die die Funktion bis zum 30. Juni 2013 ausübten. Die Freistellungsregelungen gelten unverändert fort.

Zu Artikel 1, § 16 Weitere Gremien, Kommissionen, Funktionsträgerinnen und Funktionsträger; Rechtswirksamkeit von Entscheidungen bei fehlerhafter Wahl

Zu Absatz 1

Aus der Vorschrift ergibt sich, dass – sofern im Gesetz ausdrücklich keine andere Regelung getroffen worden ist - die Gremien, Kommissionen, Funktionsträgerinnen und –träger der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) zunächst ihre Tätigkeit in der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg fortsetzen und keine sofortige Neuwahl erfolgt. Das Gesetz macht jedoch vorsorglich einen Vorbehalt dahin gehend, dass die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident nach einer Anhörung des Gründungssenats aus Gründen, die in der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg liegen, eine abweichende Regelung treffen kann. Dies kommt in Betracht, wenn sich in vom Gesetzgeber nicht gesehenen Fällen Zuständigkeiten von Gremien, Kommissionen, Funktionsträgerinnen oder Funktionsträgern in einer Weise doppeln oder anders behindern, die Entscheidungen verhindern oder untragbar erschweren.

Zu Absatz 2

Nach dem Vorbild von § 10 Absatz 5 Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg regelt die Vorschrift die Rechtswirksamkeit von Maßnahmen oder Entscheidungen von Organen oder Gremien der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg im Fall fehlerhafter Wahlen. Sie trägt damit dem Umstand Rechnung, dass die Neuordnung einer in Mitgliedergruppen organisierten Hochschule namentlich in der Gründungsphase das Risiko einer erhöhten Fehleranfälligkeit bei der Wahl der Selbstverwaltungsorgane und Selbstverwaltungsgremien in sich birgt, die sich nicht zum Nachteil Dritter oder der Handlungsfähigkeit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg auswirken darf.

Zu Artikel 1, § 17 Studierendenschaft

Zu Absatz 1

In Konsequenz der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg und der Übernahmeregelung des § 5 Absatz 3 bilden die an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) mit Ablauf des 30. Juni 2013 bestehenden Studierendenschaften die Studierendenschaft der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift regelt, bis zu welchem Zeitpunkt die Organe der Studierendenschaft neu zu wählen sind. Sie setzt dabei eine Frist bis zum 31. Oktober 2013 und stellt damit einerseits in Rechnung, dass die Errichtung in die vorlesungsfreie Zeit fällt und andererseits, dass auf diese Weise eine mögliche Kopplung der Wahl an die Wahlen der studentischen Mitglieder im Senat möglich wird, welche ebenfalls bis zum 31. Oktober 2013 zu wählen sind.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift trifft eine Übergangslösung für die Zusammensetzung der Organe der Studierendenschaft bis zu ihrer Wahl.

Zu Absatz 4

Die Vorschrift verpflichtet das neugewählte oberste beschlussfassende Organ der Studierendenschaft, unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern, nach seiner Konstituierung eine Satzung der Studierendenschaft zu beschließen. Für die Zeit bis dahin trifft Satz 2 eine vorläufige Regelung.

Zu Absatz 5

Die Vorschrift regelt die Vermögenszuordnung.

Zu Artikel 1, § 18 Personalräte

Bei der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg unter gleichzeitiger Aufnahme der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) dürfte es sich personalvertretungsrechtlich um einen Zusammenschluss von Dienststellen handeln mit der Folge, dass unmittelbar § 32 Landespersonalvertretungsgesetz Anwendung findet. Danach sind die Personalräte neu zu wählen beim Zusammenschluss der Dienststellen. Die bisherigen Personalräte führen die Geschäfte bis zur Konstituierung des neu gewählten Personalrates gemeinsam längstens für die Dauer von 6 Monaten weiter. § 18 bestimmt für den Fall, dass Zweifel hinsichtlich der unmittelbaren Geltung von § 32 Landespersonalvertretungsgesetz aufkommen, vorsorglich seine Anwendbarkeit.

Zu Artikel 1, § 19 Ersatzvornahme

Die spezifische Gründungssituation der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, die auf zwei vormals eigenständigen Hochschulen aufbaut, birgt ein erhöhtes Risiko, dass Entscheidungen oder Maßnahmen zum Beispiel aufgrund von Pattsituationen in der Meinungsbildung und Entscheidung innerhalb der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg

nicht oder nicht fristgemäß getroffen werden. In diesen Fällen ist ein effizientes Mittel zur Auflösung solcher Blockadesituationen vonnöten. Gemäß § 19 kann daher das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur nach Anhörung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg die Entscheidung oder Maßnahme im Wege der Ersatzvornahme an sich ziehen, ohne dass eine Beanstandung oder Anordnung wie nach § 5 Absatz 5 Satz 4 Brandenburgisches Hochschulgesetz vorausgehen muss. Diese erweiterten aufsichtlichen Kompetenzen des Ministeriums beschränken sich auf die Gründungsphase nach diesem Gesetz und sind erforderlich, um die Funktionsfähigkeit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, die sich in dieser Zeit besonderen Herausforderungen stellen muss, sicherzustellen; der Aufbauprozess darf nicht durch einen konfliktbedingten Entscheidungs- oder Maßnahmenstau gehindert oder verzögert werden.

Das Erfordernis einer vorherigen Anhörung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg hat die nötige Warnfunktion und dient damit einem verhältnismäßigen Vorgehen. Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg hat so Gelegenheit, selbst in gesetzlicher Weise Abhilfe zu schaffen.

Zu Artikel 1, § 20 Rechtsnachfolge

Zu Absatz 1

Mit Ablauf des 30. Juni 2013 gehen die Brandenburgische Technische Universität Cottbus und die Hochschule Lausitz (FH) in der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg auf, d.h. sie werden im Sinne von § 2 Absatz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz geschlossen und zugleich die Nachfolgeeinrichtung errichtet unter Fortbestand der bestehenden Standorte in Cottbus und Senftenberg.

Zu Absatz 2

Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg tritt die Rechtsnachfolge der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) an. Dies betrifft einerseits die Funktionsnachfolge, andererseits aber beispielsweise auch den Übergang gebildeten Körperschaftsvermögens beider Hochschulen auf die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg.

Zu Absatz 3

Gemäß § 17 Absatz 1 Zivilprozessordnung wird im Zivilrechtsbereich der allgemeine Gerichtsstand der Gemeinden, der Kooperationen sowie derjenigen Gesellschaften, Genossenschaften oder anderen Vereine und derjenigen Stiftungen, Anstalten und Vermögensmassen, die als solche verklagt werden können, durch ihren Sitz bestimmt. Als Sitz gilt – wenn sich nichts anderes ergibt – der Ort, wo die Verwaltung geführt wird. Diese Regelung gilt auch für Körperschaften des öffentlichen Rechts. Der Sitz der Verwaltung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg im Sinne von § 17 Zivilprozessordnung ist in Cottbus. Dies schließt nicht aus, dass Teilbereiche der Verwaltung ihren Aufgaben von Senftenberg aus nachkommen.

Für die Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit ist bereits nach geltendem Recht die Zuständigkeit des Gerichtsstandortes Cottbus gegeben, ohne dass insoweit weiterer Regelungsbedarf besteht.

Zu Artikel 2, Änderung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes

§ 2 Absatz 1 Brandenburgisches Hochschulgesetz benennt die staatlichen Hochschulen, auf die nach § 1 Absatz 1 Brandenburgisches Hochschulgesetz das Brandenburgische Hochschulgesetz Anwendung findet. Mit der Änderung werden die Folgen aus dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz und damit der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg gezogen. Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg ist staatliche Hochschule.

Zu Artikel 3, Änderung des Brandenburgischen Besoldungsgesetzes

Mit dem Aufgehen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) in der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg entfallen die Ämter der Kanzlerinnen oder Kanzler dieser beiden Hochschulen. Aufgrund der Gründung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg ist ein Amt für deren Kanzlerin oder Kanzler vorzusehen. Die Zuordnung dieses Amtes zur Besoldungsgruppe B 2 orientiert sich an der dem Amt zugewiesenen Verantwortung und Bedeutung unter Berücksichtigung der zu erwartenden Studierendenzahlen und der Zahl der zugewiesenen Stellen für vollzeitbeschäftigte Bedienstete. In der ersten Amtsperiode der Kanzlerin oder des Kanzlers bedarf es allerdings einer an den gesetzlichen Vorgaben nach Artikel 1, den staatlichen Zielsetzungen der Hochschulentwicklung und der hochschulischen Struktur- und Entwicklungsplanung gebundenen Neuordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, die namentlich auch an die Hochschulverwaltung und ihre Leitung außerordentlich komplexe Anforderungen stellt. Es ist gerechtfertigt, die Besoldung der Kanzlerin oder des Kanzlers in dieser schwierigen Phase wegen der erheblich erhöhten Verantwortung an der Besoldung der Kanzlerin oder des Kanzlers der Universität Potsdam auszurichten.

Auch für die Besoldung der Gründungspräsidentin oder des Gründungspräsidenten bzw. der Präsidentin oder des Präsidenten besteht Regelungsbedarf. Die Funktions-Leistungsbezüge der hauptamtlichen Hochschulleiterinnen und Hochschulleiter und der hauptamtlichen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten werden jedoch in der Hochschulleistungsbezügeverordnung geregelt, die gesondert geändert wird.

Zu Artikel 4, Änderung der Lehrverpflichtungsverordnung

Als Folge der Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, mit der das Personal der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) zusammengeführt wird, ist auch die Lehrverpflichtungsverordnung anzupassen. Als Sonderregelung für die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg wird nach § 3 ein neuer § 3 a eingefügt.

Zu Artikel 4, Ziff. 1, § 3 a Lehrverpflichtung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg

Zu Absatz 1

Nach Absatz 1 gelten die Regellehrverpflichtungen für Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen auch für Professorinnen und Professoren, die von der ehemaligen Hochschule Lausitz (FH) in die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg übergeleitet worden sind. Nicht betroffen hiervon sind Professorinnen und Professoren, deren Dienstaufgaben in dem in Artikel 1 § 6 Absatz 2 vorgesehenen Verfahren angeglichen worden sind. § 5 Absatz 1 gilt darüber hinaus auch für Professorinnen und Professoren, die nach Artikel 1 § 6 Absatz 4 in Verbindung mit § 39 Absatz 3 Satz 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz für anwendungsbezogene Studiengänge neu an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg eingestellt werden. Die Regellehrverpflichtung für Professorinnen und Professoren mit Schwerpunkt in der Forschung ist in § 5 Absatz 1 Satz 2 geregelt. Nummer 3 verweist für die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg auf diese Bestimmung.

Zu Absatz 2

Die Regellehrverpflichtung kann an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg durch die Gründungspräsidentin oder den Gründungspräsidenten oder die Präsidentin oder den Präsidenten im Benehmen mit der Dekanin oder dem Dekan abweichend von den in § 3 und den in § 5 geregelten Regellehrverpflichtungen an Universitäten und Fachhochschulen festgelegt werden. Die Errichtung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg unter Beteiligung von Lehrpersonen aus einer Universität und einer Fachhochschule setzt ein hohes Maß an Flexibilität der Regelungen voraus, die auf besondere Bedarfe zugeschnitten ist sowie für ein unterschiedliches Leistungsspektrum Steuerungsmechanismen bereit hält. Hierzu erlässt die Gründungspräsidentin oder der Gründungspräsident oder die Präsidentin oder der Präsident eine Richtlinie, über die sie oder er sich mit dem in der Grundordnung bestimmten Organ der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg ins Benehmen setzen muss. In der Richtlinie werden die Grundsätze zur Festlegung der Lehrverpflichtung bestimmt. Die Richtlinie bedarf der Genehmigung der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde.

Zu Absatz 3

Bei der Festsetzung der Regellehrverpflichtung sind die Leistungen der Professorinnen und Professoren in der Lehre, in der theorie- und anwendungsbezogenen Forschung und im Wissens- und Technologietransfer zu berücksichtigen. Die Regellehrverpflichtung an Fachhochschulen gemäß § 5 Absatz 1 bindet Professorinnen und Professoren in hohem Maße für Aufgaben im Bereich der Lehre. Gleichwohl stellt die Lausitz-Kommission fest, dass an der Hochschule Lausitz (FH) Professorinnen und Professoren lehren, die neben der Absolvierung ihrer Lehrverpflichtung hervorragende Leistungen in der theorie- und/oder anwendungsbezogenen Forschung erbringen und sich überaus erfolgreich um den Wissens- und Technologietransfer und um die Verankerung in der Region bemühen. An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus besteht hinsichtlich der Forschungsstärke bei den Professorinnen und Professoren eine starke Spreizung. Die Lehre wird von der Lausitz-Kommission an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus in einigen Bereichen als sehr erfolgreich eingestuft. Die flexible Festsetzung der Regellehrverpflichtungen ermöglicht es, besondere Leis-

tungen zu berücksichtigen. Der Aufbau und der erfolgreiche Betrieb der Zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen nach § 3 Absatz 1 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz erfordern die Mitarbeit der Lehrpersonen und eine gute Koordination mit den Fakultäten. Daher ist es gerechtfertigt, den besonderen Einsatz in den Einrichtungen über eine abweichende Festlegung von Lehrverpflichtungen zu berücksichtigen.

Zu Absatz 4

Abweichende Regelungen von der Lehrverpflichtung nach §§ 3 Absatz 1 und 5 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 1 können für einen befristeten Zeitraum festgelegt werden. Eine Verlängerung ist möglich. Die Regellehrverpflichtung an Universitäten nach § 3 Absatz 1 darf nicht unterschritten werden. Voraussetzung für die abweichende Festlegung von Regellehrverpflichtungen ist, dass das vorgesehene Gesamtlehrangebot an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg für jedes Semester sicher gestellt ist. Neben der abweichenden Festsetzung der Regellehrverpflichtung ist im Rahmen des § 6 ein Ausgleich oder die Ermäßigung der Lehrverpflichtung möglich.

Zu Artikel 4, Ziff. 2, § 7 Verfahren bei Ausgleich und Ermäßigung der Lehrverpflichtung

In § 7 werden Obergrenzen für Ermäßigungen von Lehrverpflichtungen nach § 6 Absatz 3 festgelegt. Für die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg ist wegen ihrer spezifischen Personalstruktur eine Obergrenze von 6 Prozent der Gesamtzahl aller Lehrverpflichtungen der hauptberuflich tätigen Lehrpersonen angemessen.

Zu Artikel 5, Änderung der Studentenwerksverordnung

Das Studentenwerk Frankfurt (Oder) war bisher für die Brandenburgische Technische Universität Cottbus und die Hochschule Lausitz (FH) zuständig. Mit der Änderung tritt die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg an die Stelle dieser beiden Hochschulen.

Zu Artikel 6, Inkrafttreten

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes dahin gehend, dass alle Bestimmungen dieses Gesetzes mit Ausnahme von Artikel 1 § 8 am 1. Juli 2013 in Kraft treten. Artikel 1 § 9 tritt früher, nämlich bereits am Tag nach der Verkündung in Kraft, um die Bestellung der Gründungspräsidentin oder des Gründungspräsidenten der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg im Interesse einer schnellen Herstellung der vollen Handlungsfähigkeit der Technischen Universität als Selbstverwaltungskörperschaft frühzeitig vorbereiten zu können.